

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

1. Mai 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 sind die Kantone eingeladen worden, zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die Bedrohungslage für Minderheiten hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht, so dass diverse Gemeinschaften, auch im Kanton Aargau, ihre Sicherheitsaufwendungen erhöhen mussten. Die finanziellen Mittel der bedrohten Gemeinschaften sind aber begrenzt, weshalb sie nicht alle notwendigen Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten umsetzen können. Wir begrüssen daher, dass sich der Bundesrat an den Sicherheitskosten für besonders gefährdete Minderheiten beteiligen will. Wir erachten es als besonders wichtig, dass sich der Bund an den Kosten für bauliche und technische Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten beteiligt. Aber auch die finanzielle Unterstützung der Ausbildung in den Bereichen Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr sowie finanzielle Hilfen für die Sensibilisierung oder die Information breiter Bevölkerungskreise werden begrüsst.

Inhaltlich unklar ist aus unserer Sicht, ob auch rückwirkend Finanzhilfen für bereits umgesetzte Massnahmen gesprochen werden können. Art. 6 VSMS sollte diesbezüglich präzisiert werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- jonas.amstutz@bj.admin.ch



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 5. April 2019

Eidg. Vernehmlassung; Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit der vorliegenden Verordnung wird die Leistung von Finanzhilfen für Massnahmen vorgesehen, die in der Schweiz von nicht gewinnorientierten Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts mit Sitz in der Schweiz durchgeführt werden, um bestimmte Minderheiten vor Angriffen, die im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus stehen, zu schützen. Der Regierungsrat stimmt der Vorlage mit dieser Zielsetzung zu.

Insbesondere der Bezeichnung der Minderheiten in Art. 3 als auch den zu unterstützenden Massnahmen nach Art. 4 des Verordnungsentwurfs wird grundsätzlich zugestimmt. Gemäss dem Verordnungsentwurf können finanziell unterstützt werden: Schutzmassnahmen baulicher und technischer Art zur Verhinderung von Straftaten (lit. a), Ausbildung von Mitgliedern von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen in den Bereichen Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr (lit. b), Sensibilisierung von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen oder von Dritten (lit. c) sowie Informationen über Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen, namentlich hinsichtlich der sie betreffenden Herausforderungen im Sicherheitsbereich (lit. d). Art. 4 lit. d spricht – so der erläuternde Bericht, S. 8 – breite Bevölkerungskreise oder einzelne Gruppen daraus an. Anhand des Wortlauts ist allerdings nicht von vorneherein verständlich, an wen sich die Regelung richtet und in welcher Weise hinsichtlich der Herausforderungen im Sicherheitsbereich, die Minderheiten betreffen, zu orientieren ist. Eine zusätzliche Präzisierung, an wen sich diese Bestimmung richtet und worin die zu unterstützenden Massnahmen bestehen, wäre zweckmässig.



Die Verordnung beschränkt sich ausschliesslich auf Finanzhilfen des Bundes in der Form von Geldleistungen. Die für eine finanzielle Unterstützung in Frage kommenden Organisationen können – so der erläuternde Bericht – dem öffentlichen Recht oder dem Privatrecht unterstellt sein. Organisation ist in einem weiten Sinn zu verstehen. In Frage kommen beispielsweise Vereine, Stiftungen, autonome Fachkommissionen des öffentlichen Rechts, Dachverbände von Religionsgemeinschaften oder Nichtregierungsorganisationen, nicht aber Kantone oder Gemeinden und ihre Organe als hoheitlich handelnde Verbände. Im erläuternden Bericht heisst es, die Verordnung sei mit der Erwartung verbunden, dass die Kantone Beiträge in gleicher Höhe leisten (Erläuternder Bericht, Ziff. 4.2). Im Verordnungsentwurf kommt diese Erwartung zur Recht nicht zum Ausdruck. Die Finanzhilfen des Bundes gemäss den Kriterien der zur Vernehmlassung stehenden Verordnung sollen nicht davon abhängen, ob und inwieweit entsprechende Leistungen der Kantone erfolgen. Die Kantone entscheiden darüber separat und unabhängig.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Appenzell, 18. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen zukommen lassen.

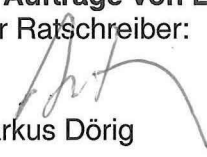
Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und stellt fest, dass die vorliegende Verordnung ein umfassendes Sicherheitskonzept für sämtliche „Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen“ vorsieht.

In der Schweiz sollten grundsätzlich alle den gleichen Schutz geniessen. Die Sicherheit im Innern ist Sache der Kantone, und die Kompetenzen sollten nicht vermischt werden. Die ursprünglich geplante Massnahme, die jüdischen Gemeinschaften bei der Finanzierung ihrer hohen Sicherheitskosten zu unterstützen, hätte als ausserordentliche Situation unterstützt werden können. Die vorliegende Verordnung wird in der vorgesehenen, ausserordentlichen Form abgelehnt, und zwar nur schon deshalb, weil der Vollzug zu einem unnötigen administrativen Aufwand führen würde.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- jonas.amstutz@bj.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Liestal, 30. April 2019

Vernehmlassung

zum Entwurf einer "Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)"

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Der Vorschlag, dass der Bund – gestützt auf Artikel 386 StGB – Finanzhilfen an Organisationen leisten kann, die Massnahmen in der Schweiz durchführen, um bestimmte Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen vor Angriffen im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus zu schützen, wird von uns begrüsst. Wir erachten eine Beteiligung des Bundes an den Kosten für bauliche und technische Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten oder für die Sensibilisierung und Information der Bevölkerung als zweckmässig und zielführend.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Justiz

per Email an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Basel, 3. April 2019

Regierungsratsbeschluss vom 2. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 hat uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) zukommen lassen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bereits im Voraus.

Die Verordnung sieht vor, dass sich der Bund an den Kosten für bauliche und technische Massnahmen beteiligen kann, um Minderheiten vor Angriffen, die im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus stehen, zu schützen. Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die neue Verordnung des Bundes und die darin vorgesehene Möglichkeit, Finanzhilfen an Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts mit besonderen Schutzbedürfnissen auszurichten.

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass beim Schutz der Minderheiten nicht nur der Bund, sondern auch die Kantone in der Verantwortung stehen. In Basel-Stadt hat etwa das Projekt «Jüdische Sicherheit Basel» das Ziel, die Sicherheitskosten der jüdischen Organisationen in Basel substantiell zu senken, indem der Kanton seine Aufwendungen entsprechend erhöht. Im Dezember 2018 hat das kantonale Parlament jährlich wiederkehrende zusätzliche Ausgaben von 746'000 Franken bewilligt, damit das kantonale Polizeikorps um acht bewaffnete Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten aufgestockt werden kann. Wo möglich und sinnvoll sollen nachgelagert auch bauliche Massnahmen umgesetzt werden.

Im Wissen um die hohen Kosten baulicher und weiterer Sicherheitsmassnahmen ist für den Regierungsrat fraglich, ob die mit der Verordnung verfolgten Ziele mit jährlichen Finanzhilfen in der Grössenordnung von maximal 500'000 Franken (so bei der Erarbeitung des Konzepts «Sicherheit Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen» beschlossen) erreicht werden können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

EJPD
Bundesamt für Justiz

Per Mail jonas.amstutz@bj.admin.ch

1. Mai 2019

RRB-Nr.: 392/2019
Direktion Polizei- und Militärdirektion
Unser Zeichen 2019.POMGS.116
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS).
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bunderätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat anerkennt die Bedürfnisse diverser Minderheiten oder Gruppen, sich gegen die erhöhte Bedrohung durch terroristische oder gewaltextremistische Aktionen oder Angriffe zu schützen. Er unterstützt die vorliegende Verordnung des Bundes grundsätzlich.

Der Regierungsrat spricht sich dafür aus, dass die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller sich an den finanziellen Kosten für ihre eigenen Schutzbedürfnisse angemessen beteiligen.

Artikel 5 des Verordnungsentwurfs sowie die Erläuterungen (Punkt 3.3.1) erwähnen die Erwartung, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen wie der Bund. Daraus entsteht eine Abhängigkeit zwischen den Leistungen des Bundes und der Kantone, deren Prozess zu wenig klar beschrieben ist. So kann daraus abgeleitet werden, dass zuerst die Kantone (bzw. Gemeinden und andere Behörden) ihre unterstützenden Massnahmen festlegen oder umsetzen müssen, bevor die Bundesstellen ihre Finanzhilfen festlegen.

Sicherheitsmassnahmen sind immer ein Gesamtpaket von komplementären Massnahmen. Der Erarbeitungsprozess sollte, angelehnt an den Prozess zur Umsetzung von Schutzmassnahmen im Konzept des SVS, in der Verordnung erkennbar oder zumindest im Bericht zur Verordnung beschrieben sein. Es muss erkennbar sein, dass ein Gesamtkonzept vor der

Zusage einer Kostenbeteiligung von einzelnen Behörden gesamtheitlich (Beitragsempfänger, Gemeinde, Kanton, andere Behörde, Bund) erarbeitet, beurteilt, entschieden und umgesetzt wird.

Gleichzeitig wird die nationale Koordination der Beurteilung von Schutzmassnahmen zu wenig thematisiert. Hier sollte fedpol eine koordinierende Rolle zugewiesen werden. Es muss sichergestellt sein, dass der notwendige Informationsfluss zwischen dem Bund, den Kantonen, Städten/Gemeinden und Behörden insofern sichergestellt ist, sodass die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen, unter Berücksichtigung der kantonal und lokal unterschiedlichen Begebenheiten und basierend auf der Lagebeurteilung, bestmöglich einheitlich bzw. nach einheitlichen Kriterien erfolgt.

Im Weiteren lehnt es der Regierungsrat ab, Finanzierungshilfen für die Ausbildung in den Bereichen Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr vorzusehen (vgl. Artikel 4 Buchstabe b VSMS). Es gilt zu verhindern, dass neben den lokalen Sicherheitsbehörden und privaten Sicherheitsdiensten eine weitere Kategorie von intervenierenden "Sicherheitspersonen" geschaffen wird. Der blosse Ausschluss von Ausbildungen an Waffen genügt hierzu nicht. Der Regierungsrat schlägt vor, in Buchstabe b lediglich Finanzhilfen für den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten vorzusehen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber



Christoph Auer



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du DFJP
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Document PDF et Word à :
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Fribourg, le 30 avril 2019

Avant-projet d'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP) - Consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation citée en titre. Dans le délai imparti et après consultation des services concernés de l'Etat de Fribourg, le Conseil d'Etat fribourgeois vous fait parvenir ses remarques quant à cet avant-projet d'ordonnance.

1. En général

Le Conseil d'Etat fribourgeois soutient l'avant-projet d'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier qui permet de renforcer la protection policière et la participation aux coûts engendrés par les mesures de sécurité dont les minorités sont actuellement elles-mêmes responsables. Cet avant-projet établit une base juridique convaincante en réglant l'octroi par la Confédération d'aides financières nécessaires en vue de protéger certaines minorités contre des attaques relevant du terrorisme ou de l'extrémisme violent.

Nous relevons toutefois que le projet proposé se focalise sur les dimensions sécuritaires en abordant que très peu l'aspect préventif. En d'autres termes, il n'est pas prévu de renforcer les mesures de sensibilisation expliquant les mécanismes des problématiques de racisme et de discriminations qui peuvent mener au terrorisme et à l'extrémisme violent.

En ce sens, nous regrettons qu'aucun lien ne soit établi entre la présente ordonnance et les programmes d'intégration cantonaux (« PIC »). Un tel lien serait une opportunité de créer des synergies et de mettre sur pied des politiques cohérentes en termes de prévention et d'intégration.

2. En particulier

> Ad art. 3 let c.

Le critère fixé conformément à cet article, soit d'« entretenir des liens solides avec la Suisse et ses valeurs », mériterait une clarification. L'explication fournie dans le rapport, au bas de la page 6, établit que « cela signifie qu'elles doivent jouir d'une bonne visibilité dans la vie sociale du pays, des cantons, des régions ou des villes et qu'elles y contribuent au moins de manière ponctuelle ».

Cette clarification n'est pas satisfaisante puisqu'elle ne se détermine ni sur la notion de liens, ni sur celle de valeurs mais concerne plutôt la participation sociale qui suppose une appréciation subjective. Cette appréciation pourrait aboutir à une définition aléatoire et inéquitable de la notion de « minorité ».

> Ad art. 5 et rapport explicatif p. 8 point 3.3.1

Il est précisé qu'« *il est attendu des cantons qu'ils apportent une participation financière d'un montant équivalent [500 000 francs]* ». Nous relevons que la part des cantons doit également être appréciée au regard du socle sécuritaire de base apporté dans le cadre de leurs compétences en matière de sécurité.

Cela étant, nous souhaiterions qu'il soit précisé, dans le rapport explicatif, qu'aucun montant ne sera prélevé sur les enveloppes dévolues aux programmes d'intégration cantonaux (« PIC »).

> Ad art. 11 et rapport explicatif p. 11 point 3.4.3

S'agissant de l'examen des demandes, fedpol requiert une appréciation du SRC qui consulte les autorités cantonales et communales compétentes. Cela étant, il serait important que les Bureaux d'intégration cantonaux soient informés des demandes et associés au processus.

> Ad rapport explicatif p. 7, ligne 3-4

Nous relevons que c'est à juste titre qu'il est relevé que les groupes de réfugiés et de demandeurs d'asile n'entrent pas dans le champ d'application très spécifique de l'avant-projet d'ordonnance. Toutefois, nous suggérons que le passage du rapport, qui est un peu décontextualisé, soit développé dans un esprit plus positif et moins stigmatisant.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer sur cet avant-projet d'ordonnance et nous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos respectueuses salutations.

Au nom du Conseil d'Etat :


Jean-Pierre Siggen
Président




Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 17 avril 2019

Le Conseil d'Etat

1930-2019

Département fédéral de justice et
police DFJP
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bundesrain 20
3003 Berne

Concerne : procédure de consultation relative à l'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP)

Madame la Conseillère fédérale,

En réponse à votre courrier du 30 janvier dernier, le Conseil d'Etat de la République et canton de Genève vous remercie d'avoir pris l'initiative de lancer la procédure de consultation mentionnée en titre et vous fait part de ses observations y relatives.

Notre Conseil est pleinement conscient que certaines minorités, en particulier celles mentionnées dans l'ordonnance soumise à consultation, sont susceptibles d'être l'objet de violences ciblées, ou tout du moins de menaces concernant leur sécurité.

Il salue par conséquent l'initiative de la Confédération visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier. Il se réjouit tout particulièrement du fait que les mesures envisagées dans cette ordonnance sont à la fois sécuritaires et préventives, telles que la sensibilisation à destination de la population en général ainsi que la formation et l'autonomisation pour les populations susceptibles d'être l'objet de violences.

Le fait que les mesures de prévention ou de protection concernent à la fois les minorités ethniques ou religieuses et les minorités sexuelles, est également particulièrement pertinent, et compatible avec l'article 15 de la Constitution de la République et canton de Genève (Cst-Ge, A 2 00) lequel protège des discriminations ces mêmes minorités.

En outre, les mesures envisagées respectent l'obligation faite aux autorités cantonales genevoises de se conformer à la loi sur la laïcité (LLE – A 2 75) entrée en vigueur le 9 mars 2019. En effet, elles ne peuvent pas être considérées ou interprétées comme un soutien aux activités cultuelles des organisations religieuses.

Pour le surplus, nous vous invitons à vous rapporter aux commentaires figurant en annexe au présent courrier et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre plus haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



p. o. Antonio Hodgers

Annexe mentionnée

Copie par courriel à Jonas Amstutz : jonas.amstutz@bj.admin.ch

Consultation relative à l'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP)

Annexe à la réponse du canton de Genève

Références	Commentaires/remarques
Article 3	<u>Ordonnance</u> Il est fondamental, dans le cadre de ce dossier, que le Service de renseignement de la Confédération (SRC) reste en contact permanent avec la police cantonale, comme il est d'usage, afin de communiquer tout soupçon de situations à risque avéré ou tout péril imminent. <u>Rapport explicatif et ordonnance</u> Le document explicatif concernant l'ordonnance mentionne expressément les personnes LGBTI (cf. p. 6/13), la lettre b de l'article 3 ne mentionne que le critère de l'orientation sexuelle. Il conviendrait d'inclure également, dans le texte même de l'ordonnance, celui de l'identité de genre (voire de l'identité et de l'expression de genre). Cela permettrait de respecter la terminologie d'usage au plan international (ONU, Conseil de l'Europe, etc.), qui a d'ailleurs d'ores et déjà été adoptée par le Conseil fédéral à l'occasion de la signature de Déclaration d'intention de La Valette, validée en avril 2015 déjà¹. Cela permettrait également de répondre aux exigences et à la réalité du terrain. La nouvelle formulation de la lettre b de l'article 3 (cf. texte en italiques) devrait donc, à notre sens, être la suivante : b) se distinguent notamment par leur mode de vie, leur culture, leur religion, leurs traditions, leur langue, leur orientation sexuelle <i>ou leur identité de genre</i>;
Article 4	<u>Ordonnance</u> La liste des mesures prévues permet de couvrir un éventail suffisamment large pour agir de manière efficace. Il conviendrait toutefois de financer des recherches permettant d'avoir la certitude que les mesures prévues sous les lettres a), b), c) ou d) et adoptées par les cantons concernés soient les plus adéquates, efficaces et efficientes possible. La nouvelle formulation de l'article 3 devrait donc, à notre sens, inclure une lettre e) formulée de la manière suivante : e) l'adéquation, l'efficacité et l'efficience des mesures décrites ci-dessus, ceci grâce à des études effectuées par des spécialistes dans les domaines concernés.

¹ <https://www.admin.ch/gov/fr/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-57063.html>

Article 5	<u>Rapport explicatif</u> Les moyens mis à disposition annuellement pour réaliser ces mesures s'avéreront insuffisants. En effet, dans le rapport explicatif, il est fait mention que la Confédération pourrait octroyer des aides financières pour un montant maximum de 500'000 francs et qu'il est attendu des cantons qu'ils apportent une participation financière d'un montant équivalent. Il conviendra de garantir une égalité de traitement entre les minorités dans l'établissement d'un ordre de priorité pour apprécier les demandes lorsque celles-ci excèdent les ressources disponibles.
Article 6	<u>Ordonnance</u> L'évaluation des mesures pourrait être difficile, étant donné que le résultat de ces mesures devrait être l'absence de violences, dont il sera difficile de dire si elles sont le résultat des mesures précitées ou simplement de la conjoncture locale durant la période concernée.
Article 8	<u>Ordonnance</u> Il paraît particulièrement pertinent de prévoir que les mesures éventuelles puissent être cofinancées par diverses parties prenantes, dont des tiers. Certains partenaires privés genevois pourraient en effet être disposés à contribuer au financement de ces mesures.

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Glarus, 30. April 2019
Unsere Ref: 2019-29

Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Die Eröffnung der Möglichkeit zur Subventionierung von Schutzmassnahmen für bestimmte exponierte Minderheiten wird von uns im Grundsatz begrüsst. Nicht einverstanden sind wir mit den Ausführungen zu Art. 5 Abs. 1 im erläuternden Bericht hinsichtlich der Gewährung von Finanzhilfen. Es muss den Kantonen freigestellt bleiben, inwieweit sie sich an einer solchen beteiligen. Die im Bericht formulierte Erwartung des Bundes, dass die Kantone zusammen Leistungen in der Grössenordnung von 500'000 Franken erbringen, darf nicht als Anspruch betrachtet werden. Die Kantone sollen hier selbstständig gemäss ihren Möglichkeiten und in Würdigung der Gegebenheiten entscheiden können.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

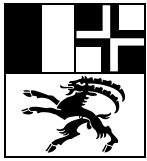

Dr. Andrea Bettiga
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Kontaktperson für Rückfragen:
Departement Sicherheit und Justiz
Arpad Baranyi, Departementssekretär
Tel: 055 646 68 00 / E-Mail: arpad.baranyi@gl.ch

versandt am: **01. Mai 2019**



Sitzung vom
16. April 2019

Mitgeteilt den
16. April 2019

Protokoll Nr.
264

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Als PDF- und Word-Version auch per E-Mail zustellen an:

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 fordern Sie die Kantone auf, zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zu der Thematik äussern zu können.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst den Willen des Bundesrats, bestimmte Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen vor Angriffen, welche im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus stehen, schützen zu wollen. Der Schutz von Minderheiten ist in einem demokratischen Staat als Kernaufgabe zu betrachten. Entsprechend wichtig ist das Signal, dass der Bund setzt, indem er sich zu seiner Verantwortung gegenüber Minderheiten und deren Schutz bekennt.

Die ausgearbeitete Verordnung beschränkt sich auf Finanzhilfen des Bundes. In der Verordnung selber wird kein maximal zur Verfügung stehender Betrag genannt. Gemäss erläuterndem Bericht soll jedoch der Bund Mittel in der Grössenordnung bis zu maximal 500'000 Franken pro Jahr leisten können. Gemäss Seite 8, Ziffer 3.3.1 und Seite 13, Ziffer 4.2 des erläuternden Berichts ist die Verordnung mit der Erwartung verbunden, dass die Kantone Beiträge in gleicher Höhe erbringen. Gleichzeitig wird ausgeführt, die Ausrichtung der Bundesmittel sei jedoch nicht von kantonalen Beiträgen abhängig. Angesichts der finanziellen Belastung der Kantone ist diese Erwartungshaltung des Bundes nach Ansicht der Bündner Regierung abzulehnen. Es handelt sich explizit nicht um eine Koppelfinanzierung. Die Kantone müssen – wenn ein entsprechendes Gesuch um Beitragsleistungen eingeht – frei entscheiden können, ob eine zusätzliche Finanzierung in einem sie betreffenden Anwendungsfall möglich und sachgerecht ist. Eine Anspruchshaltung des Bundes, wonach zusätzlich Mittel auch von den Kantonen gesprochen werden müssen, ist nicht gerechtfertigt.

Für Rückfragen können Sie sich an die Departementssekretärin des Departements für Sicherheit, Justiz und Gesundheit Graubünden, Frau Dr. iur Regula Hunger, wenden (Tel. 081 257 25 11; regula.hunger@djsq.gr.ch).

Abschliessend danken wir Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP) – Procédure de consultation

Madame la conseillère fédérale,

Donnant suite à votre courrier du 30 janvier 2019, nous vous prions de bien vouloir trouver, ci-après, la prise de position du Canton de Neuchâtel concernant l'objet mis en consultation.

Du point de vue de la police, cette nouvelle ordonnance pourrait représenter une charge supplémentaire de travail vu qu'il est prévu que les cantons soient associés à l'examen des demandes d'aides financières.

Il y a également un risque de décalage entre l'appréciation faite par les demandeurs quant à leurs besoins de protection particuliers et l'analyse des risques vue du côté de la police, ce qui peut créer des tensions dans les contacts avec les communautés demanderesses même s'il n'est pas prévu que les requérants aient accès au résultat d'appréciation. Nous l'avons déjà constaté ces dernières années au contact de certaines communautés, où la perception du risque est alimentée par des événements internationaux et qu'il est ensuite difficile d'objectiver sur le terrain cantonal.

Nous craignons aussi que le renforcement de mesures de sécurité de certaines communautés attire l'attention et favorise indirectement un repli identitaire de ces communautés ou exacerbe potentiellement les tensions intercommunautaires.

Sous l'angle de l'égalité de traitement, la police risque également d'être confrontée à des demandes plus nombreuses en provenance d'autres acteurs (cibles) ne répondant pas à la définition d'une minorité au sens de la présente ordonnance; la radicalisation et l'extrémisme violent ont notamment pour cibles des boucheries, des abattoirs, des éleveurs d'animaux, des entreprises de construction, des banques, etc.

Enfin, il est à relever également que le mode de financement de cette ordonnance met les cantons à contribution à charge équivalente et on peut ici craindre que des cantons où la menace est largement plus faible participent au financement de mesures prises ailleurs, alors même que d'autres mesures de prévention ont pu être prises en amont et contribuent à la sécurité locale.

NE

Pour toutes ces raisons, le Canton de Neuchâtel n'est pas favorable aux dispositions prévues dans cet avant projet d'ordonnance.

Tout en vous remerciant de nous avoir associés à cette procédure de consultation, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 6 mai 2019

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 7. Mai 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sie haben uns mit Schreiben vom 3. Januar 2019 zur Vernehmlassung zu oben genannter Vorlage eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung und äussern uns gerne wie folgt.

Wir akzeptieren es, wenn vom Bund der Schutz und die Sicherheit von Minderheiten in der Schweiz gestärkt und diese finanziell in Teilen entlasten werden. In diesem Sinne findet die Vorlage unsere Unterstützung. Dennoch erlauben wir uns mit Blick auf folgende Passagen im Bericht einen Hinweis:

- *"Damit ist auch die Erwartung verbunden, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen. Kantonale Unterstützungen können durchaus komplementär sein und müssen keineswegs im selben Bereich wie die gestützt auf diese Verordnung erbrachten Leistungen des Bundes erfolgen."*
- *"Mindestens die Hälfte der Kosten sollen durch Eigenmittel oder Dritte (Kantone, Gemeinden und Private) erbracht werden."*
- *"Artikel 8 enthält Grundsätze für die Festlegung der Höhe der auf die Verordnung gestützten Unterstützungsbeiträge des Bundes. Die Finanzhilfen werden auf der Grundlage der folgenden Elemente berechnet: Art und Bedeutung der Massnahme (Bst. a), von der Beitragsempfängerin selber erbrachte Leistungen, Leistungen, die gestützt auf andere Bundeserlasse ausgerichtet werden, Leistungen der Kantone und lokaler Behörden sowie Leistungen Dritter (Bst. b)."*

Dass die finanzielle Beteiligung des Bundes nicht von kantonalen Beiträgen abhängig ist, stimmt unseres Erachtens daher nur indirekt. Im Hintergrund steht die offen ausgesprochene Erwartung, dass die Kantone mindestens gleich hohe Beiträge wie der Bund leisten sollen.

Dies lehnen wir ab und bitten Sie, in der Umsetzung darauf zu achten, dass Bundesbeiträge nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch die Kantone Beiträge an die Massnahmen leisten. Die Kantone sollen weiterhin frei – insbesondere auch ohne moralischen Druck – entscheiden können, welche Beiträge sie ausrichten.

Wir danken Ihnen, wenn Sie diese Überlegungen bei Ihren weiteren Arbeiten berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Res Schmid
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- jonas.amstutz@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3001 Bern

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3411
Unser Zeichen: fu/db

Sarnen, 2. Mai 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen zu äussern.

Grundsätzlich unterstützen wir die Bestrebungen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten und teilen die im Bericht gemachten Erläuterungen. Artikel 13 ist unseres Erachtens dahingehend zu ergänzen, dass nicht nur die gewährten Finanzhilfen des Bundes, sondern auch diejenigen der Kantone und der Gemeinde – soweit solche gewährt werden – offenzulegen sind.

Gemäss erläuterndem Bericht wird von den Kantonen erwartet, dass sie Beiträge in gleicher Höhe leisten wie der Bund. Eine rechtliche Verpflichtung für die Kantone besteht jedoch nicht und die Bundesmittel sind auch nicht von kantonalen Beiträgen abhängig. Wir weisen darauf hin, dass Beiträge unseres Kantons nicht geplant sind. Selbstverständlich werden wir aber auf polizeilicher Ebene mit den Sicherheitsbehörden des Bundes zusammenarbeiten.

Für Fragen zu unserer Stellungnahme können Sie sich an Florian Ulrich (Tel. 041 666 62 18, florian.ulrich@ow.ch) wenden. Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Landammann

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Sozialamt
- Staatsanwaltschaft
- Staatskanzlei (Kommunikation, mit den Akten OWSTK.3411)

Telefon 052 632 74 61
Fax 052 632 77 51
sekretariat.di@ktsh.ch

Departement des Innern

Bundesamt für Justiz BJ
3003 Bern

Per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Schaffhausen, 17. April 2019

**Vernehmlassung betreffend Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der
Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS);
Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie die Kantone zu einer Vernehmlassung in oben erwähnter Angelegenheit eingeladen. Ihre Einladung wurde zuständigkeitshalber an das Departement des Innern weitergeleitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Grundsätzlich begrüssen wir die Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen. Dies umso mehr, als dass die Regelung nicht in den Aufgabenbereich der Kantone, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, eingreift. Bestenfalls werden die Kantone etwas entlastet, weil Einsätze der Polizeiorgane durch vorbeugende Schutzmassnahmen verhindert werden können. Allerdings erscheint der jährliche Kostenrahmen von max. Fr. 500'000 im Hinblick auf die diversen möglichen Anspruchsgruppen als eher zu tief gewählt.

Entschieden abgelehnt werden jedoch finanzielle Leistungen der Kantone. Die Bundesmittel sind zwar gemäss dem Verordnungstext nicht von kantonalen Beiträgen abhängig. Im Erläuternden Bericht wird jedoch die Erwartung skizziert, dass die Kantone Beiträge in gleicher Höhe leisten. Die Kantone sind so schon durch die steigenden Sicherheitskosten zum Schutz von

Minderheiten ausreichend belastet. Aus unserer Sicht fragwürdig ist zudem der explizite Ausschluss von Flüchtlingen mit der Begründung einer nicht gefestigten Bindung zur Schweiz, zumal die anerkannten Flüchtlinge über eine rechtlich gefestigte Bindung verfügen.

Für die Kenntnisnahme und die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Der Departementsvorsteher

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'W' followed by a loop and a dot.

Walter Vogelsanger, Regierungsrat

Kopie z.K.:
– Finanzdepartement
– Sozialamt

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
elektronisch an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Schwyz, 24. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 7. Mai 2019 Stellung zu nehmen.

Der Kanton Schwyz verzichtet in der vorliegenden Angelegenheit auf die Einreichung einer Vernehmlassung.

Für die Einladung zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:



Kaspar Michel
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie z.K. an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich
Öffentliches Recht
Bundesrain 20
3003 Bern

23. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 30. Januar 2019 in oben genannter Angelegenheit und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Gerne äussern wir uns wie folgt:

A. Grundsätzliches

Die Sicherheitslage hat sich in Europa in den letzten Jahren verändert. Wiederholt und in verschiedenen Ländern kam es zu gewaltsamen Übergriffen gegen Minderheiten. Auch in der Schweiz sind insbesondere Angehörige von jüdischen und muslimischen Gemeinschaften einer erhöhten Bedrohung durch terroristische oder gewaltextremistische Aktionen ausgesetzt. Dementsprechend machen besonders exponierte Minderheiten das Bedürfnis nach einer angemessenen Verstärkung des polizeilichen Schutzes sowie nach staatlicher Beteiligung an den bislang alleine getragenen hohen Kosten für die nötigen Sicherheitsmassnahmen geltend. Es handelt sich um nachvollziehbare Bedürfnisse und die Berechtigung der Anliegen steht für uns ausser Frage. Demzufolge begrüssen wir den Erlass der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) und die Möglichkeit zur Leistung von Finanzhilfen des Bundes. Unsere Zustimmung beruht zudem auf der Überzeugung, dass Präventionsmassnahmen wie vorliegend nicht alleine dem Schutz der konkret bedrohten Minderheiten dienen. Vielmehr können sie einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Schweiz allgemein leisten.

B. Zu einzelnen Bestimmungen

Artikel 1 E-VSMS

Gegenstand der Verordnung ist u.a. die Leistung von Finanzhilfen des Bundes für Massnahmen, die in der Schweiz von nicht gewinnorientierten Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts mit Sitz in unserem Land durchgeführt werden. Die Massnahmen bezwecken den Schutz von Minderheiten vor physischen Übergriffen im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalt-tätigem Extremismus. Die Verordnung beschränkt sich auf Finanzhilfen des Bundes. Kantonale und kommunale Sicherheitsmassnahmen sind, sofern nötig, weiterhin im erforderlichen Mass zu treffen.

Artikel 4 Bst. d E-VSMS

Finanzhilfen können u.a. ausgerichtet werden, um breitere Bevölkerungsgruppen über Minderheiten mit besonderem Schutzbedürfnis zu informieren. Informationen über Minderheiten und intensiviert Bemühungen zur Ermöglichung beziehungsweise Festigung persönlicher Kontakte mit Angehörigen von Minderheiten erachten wir als geeignete Massnahme zum Abbau von Vorurteilen und somit letztlich zur Verhinderung gewalttätiger Aktionen. Die Gewährleistung des Schutzes besonders gefährdeter Minderheiten und die Verhinderung entsprechender Angriffe, finanziert u.a. durch den Bund, dürften das Entstehen eines Klimas des gegenseitigen Misstrauens und die Ingangsetzung einer Gewaltspirale verhindern. Die geleistete Finanzhilfe zur Gewährleistung des Schutzes von Minderheiten trägt somit mittelbar auch zur Gewährleistung der Sicherheit von Personen bei, welche einer anderen oder keiner Minderheit angehören. Mittel- und langfristig dürfte sich die Finanzhilfe positiv auf den unerlässlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt im Allgemeinen auswirken. Gerade im vorliegenden Bereich sollte dieser gesamtgesellschaftliche Nutzen gebührend hervorgehoben werden, um allenfalls bestehenden Klischees keinen Vorschub zu leisten.

Wir machen beliebt, zumindest im erläuternden Bericht den Nutzen des Minderheitenschutzes für die Sicherheit der gesamten Bevölkerung der Schweiz hervorzuheben. Eine Ergänzung könnte ergänzend zu den Erläuterungen zu Artikel 4 erfolgen oder in Ziffer 4.3 des erläuternden Berichts (Auswirkungen auf die Gesellschaft).

Artikel 5 E-VSMS

Die Erläuterungen äussern die Erwartung des Bundes, dass die Kantone jeweils Leistungen in gleicher Höhe erbringen. In Ziffer 4.2 (Auswirkungen auf die Kantone) wird diese Erwartung wiederholt. Sie ist nachvollziehbar und entspricht der primären Zuständigkeit der Kantone für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Sollte eine Minderheit im Sinne von Artikel 3 E- VSMS im Kanton Solothurn jemals ein erhöhtes Schutzbedürfnis geltend machen und gestützt auf die Verordnung eine Finanzhilfe des Bundes erhalten, käme der Kanton Solothurn der genannten Erwartung nach. Aktuell ist nicht davon auszugehen.

Artikel 6 Absatz 3 E-VSMS

Die genannten Ausschlussgründe begrüssen wir vorbehaltlos.

Artikel 11 E-VSMS

Die Kompetenzzuteilung erachten wir als sachgerecht.

Gerne hoffen wir auf Berücksichtigung unserer Überlegungen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Fürst
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 6. Mai 2019

**Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten
mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie uns die Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen zur Vernehmlassung unterbreitet. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir die Verordnung als Grundlage für Finanzhilfen für Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen begrüssen und keine Bemerkungen haben.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär

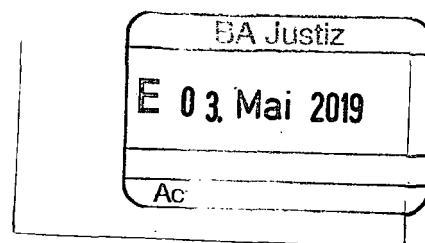


Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 30. April 2019



Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

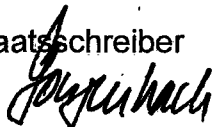
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf für eine Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden sind. Allerdings gestatten wir uns den Hinweis, dass die Polizei personelle Mittel zur Verfügung stellen muss, wenn sich beispielsweise Massnahmen auf den Personenschutz ausdehnen. Im Weiteren wird die Polizei in solchen Fällen auch einen gewissen Mehraufwand in der Beratungstätigkeit zu erbringen haben. Aus diesem Grunde erachten wir die im erläuternden Bericht verschiedentlich geäusserte Erwartungshaltung, dass sich die Kantone noch zusätzlich mit finanziellen Beiträgen in gleicher Höhe wie der Bund an den im Verordnungsentwurf vorgesehenen Massnahmen zu beteiligen haben, als nicht angebracht. Die Kantone finanzieren ihre Polizeibehörden und erbringen damit einen hinreichenden Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit auch von Minderheiten im Sinne der VSMS.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatschreiber



Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld
T +41 58 345 53 10, F +41 58 345 53 54
www.tg.ch



1868

cl

0

17 aprile 2019

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale di giustizia UFG
Bundesrain 20
3003 Berna

anticipata per email: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Procedura di consultazione relativa all'ordinanza sulle misure volte a garantire la sicurezza delle minoranze bisognose di particolare protezione (OMSM)

Gentili signore,
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 30 gennaio 2019 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

L'ordinanza, unitamente al rapporto esplicativo, è stata da noi esaminata in collaborazione con il servizio di polizia interessato. Preso atto dei principi sanciti dall'ordinanza, condividiamo quanto stabilito dalle nuove disposizioni, precisando quanto segue.

Giusta l'art. 3 cpv. 2 OMSM un bisogno di particolare protezione è dato quando una minoranza è esposta a una minaccia di aggressioni connesse al terrorismo o all'estremismo violento superiore a quella generale cui è esposta la restante popolazione. Competente per la valutazione del bisogno di particolare protezione è il Servizio delle attività informative della Confederazione (SIC; art. 3 cpv. 3 OMSM) il quale, a sua volta, consulta le autorità cantonali e comunali preposte alla sicurezza, ritenuto come le stesse abbiano una conoscenza più diretta della situazione locale e delle minacce specifiche cui è esposta una minoranza (art. 11 cpv. 2 OMSM).

Se da un lato è condiviso appieno il parere secondo cui il bisogno di particolare protezione sia da determinare sulla base di criteri oggettivamente misurabili e delle circostanze nei casi concreti, dall'altra riteniamo opportuno che all'autorità cantonale e comunale competenti per il servizio di sicurezza siano forniti dei parametri di valutazione più specifici, sui quali potersi basare nell'esprimere il proprio parere.

Condividiamo pertanto quanto espresso dal competente servizio di polizia e ci rimettiamo al parere del Dipartimento federale.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:


Christian Vitta

Il Cancelliere:


Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Comando della Polizia cantonale (servizio.giuridico@polca.ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
3003 Bern

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung zu nehmen. Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir die Möglichkeit zur Leistung von Finanzhilfen des Bunds an Organisationen, die Massnahmen in der Schweiz durchführen, um bestimmte Minderheiten vor Angriffen, die im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus stehen, zu schützen, begrüssen.

Als zweckmässig erachten wir die Regelung betreffend Beitragsempfängerinnen und Beitragsempfänger hinsichtlich des engen Bezugs zur Schweiz, des Ausschlusses bei gewinnorientiertem Charakter und von privaten Sicherheitsdienstleistern. Ansonsten bestünde das Risiko von «uferlosen» Gesuchen. Die in Artikel 3 erfasste Umschreibung von Minderheiten ist komplex und nur zusammen mit dem erläuternden Bericht schlüssig. Daher ist es sinnvoll, dass in Absatz 3 der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) für die Beurteilung der Gefährdung in Bezug auf die Täter- und Opferseite legitimiert wird. Betroffen von der Verordnung ist vor allem fedpol. Wir begrüssen aber ausdrücklich die in Artikel 11 vorgesehene Möglichkeit der Konsultation der kantonalen und kommunalen Sicherheitsbehörden für die Beurteilung des besonderen Schutzbedürfnisses.

Ansprechperson für den Kanton Uri ist Gustav Planzer, Stabchef der Kantonspolizei,
gustav.planzer@ur.ch.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bitten Sie, unsere Bemerkungen bei der Weiterbearbeitung dieser Vorlage gebührend zu berücksichtigen und grüssen Sie freundlich.

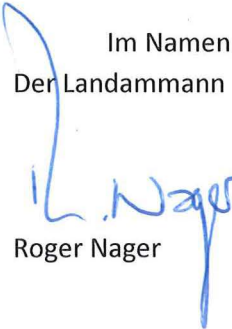
Altdorf, 9. April 2019



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor


Roger Nager


Roman Balli



2019.01600

P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Madame
Karine Keller-Suter
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

Notre réf. C-36764 / CV
Votre réf.

Date 8 mai 2019

Ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP) ; procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir associé à la consultation précitée.

Nous saluons positivement ce projet d'ordonnance et soulignons en particulier sa pertinence.

L'article 3, alinéa 1, lettre c, de l'OSMP relève que les minorités doivent entretenir des liens solides avec la Suisse et ses valeurs. Cette condition est essentielle à une bonne intégration et permet d'éviter des tensions en renforçant la sécurité des personnes concernées.

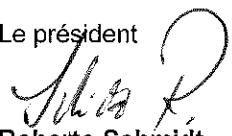
Le Canton du Valais apprécie par ailleurs que le Service de renseignement de la Confédération doive consulter les autorités cantonales de sécurité avant que Fedpol ne rende une décision (art. 11, al. 2).

Pour conclure, nous n'avons pas de réserve avec le principe d'une participation attendue par les cantons d'une aide financière équivalente à celle versée par la Confédération (rapport explicatif sur l'art. 5, page 8, ch. 3.3.1).

Veuillez agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Roberto Schmidt



Le chancelier


Philipp Spoerri

Copie à : jonas.amstutz@bj.admin.ch



Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Per E-Mail

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Öff. Recht
Fachbereich Rechtssetzungs-
projekte und -methodik
Herr Jonas Amstutz
3000 Bern

T direkt +41 41 728 50 32
marcel.tobler@zg.ch
Zug, 2. Mai 2019 toar
SD SDS 7.11 / 229

Verordnung über die Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) – Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Vorsteherin des EJPD hat die Kantonsregierungen mit Schreiben vom 30. Januar 2019 eingeladen, sich zum Entwurf der erwähnten Verordnung vernehmen zu lassen. Der Regierungsrat hat die Sicherheitsdirektion mit der direkten Erledigung beauftragt. Wir nehmen nach Rücksprache mit der Direktion des Innern und der Zuger Polizei im Namen der Zuger Regierung gerne zur Vorlage Stellung.

Wir begrüssen die Verordnung grundsätzlich, welche den Schutz von Minderheiten in der Schweiz erhöht. Eine Beteiligung der öffentlichen Hand an den privaten Sicherheitsmassnahmen der entsprechenden Gemeinschaften erscheint uns gerechtfertigt, da die Bedrohungen offenbar generell wieder zunehmen. Im Kanton Zug sind allerdings keine diesbezüglichen Probleme zu verzeichnen.

Anträge

1. In der Einleitung der Erläuterungen sei auf den «Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» vom 4. Dezember 2017 zu verweisen.
2. Es sei näher zu bestimmen, was unter einer regelmässigen Überprüfung der Verordnung sowie regelmässigen Berichterstattung über die Evaluationsergebnisse zu verstehen ist.
3. In den Erläuterungen seien die Ausführungen bezüglich einer Beteiligung der Kantone zu streichen.

Begründungen

Zu Antrag 1:

Neben den Massnahmen, die in der Verordnung geregelt werden, stellt auch die aktive Bekämpfung von minderheitsfeindlichen Entwicklungen einen zentralen Pfeiler in der Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten dar. Wie der erläuternde Bericht zur Vorlage (zu Art. 1, Gegenstand) richtig erwähnt, gibt es Organisationen und Fachstellen, die sich mit Gewaltprävention beschäftigen oder auch aktiv gegen minderheitenfeindliche Tendenzen beispielsweise in den sozialen Medien vorgehen. Es wäre zielführend, eine nachhaltige Finanzierung dieser Stellen zu gewährleisten. Der «Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» (NAP), der aktuell von Bund und Kantonen umgesetzt wird, sieht vor, entsprechende Präventionsmassnahmen zu verstärken. Die Zielsetzungen des NAP umfassen auch das Verhindern von Attentaten, die sich gezielt gegen religiöse Minderheiten richten können. Ein Verweis im Bericht zur Verordnung auf die Massnahmen des NAP schiene uns daher zweckmässig.

Zu Antrag 2:

In Art. 15 wird festgelegt, dass das fedpol regelmässig die Zweckmässigkeit und Wirksamkeit der Verordnung überprüft und es dem Bundesrat regelmässig Bericht über die Ergebnisse der Evaluation erstattet. Da sich der erläuternde Bericht nicht zum Begriff «regelmässig» äussert, ist nicht klar, wie oft und in welchen zeitlichen Abständen eine Überprüfung und Berichterstattung zu erfolgen hat. Ebenso bleibt unklar, inwiefern die kantonalen Stellen in diese Evaluationen miteinbezogen werden. Sinnvoll wäre es daher zu definieren, wann das fedpol dem Bundesrat erstmalig nach dem Inkrafttreten der Verordnung Bericht zu erstatten hat, was unter einer regelmässigen Überprüfung und Berichterstattung zu verstehen ist und welcher Aufwand hierfür für die Kantone zu erwarten ist.

Zu Antrag 3:

Der Bundesrat will höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten übernehmen (Art. 7 Verordnung). Wir haben zur Kenntnis genommen, dass gleichzeitig die Erwartung besteht, dass die Kantone Leistungen «in gleicher Höhe» wie der Bund erbringen. Allerdings widersprechen sich die diesbezüglichen Ausführungen und Vorschläge in den Erläuterungen. Bei Ziff. 3.3.1 (Grundsatz) wird erwähnt, dass die Kantone auch komplementäre Leistungen erbringen könnten, ohne jedoch konkreter zu werden, bei Ziff. 3.3.3 (zu Art. 7) ist die Rede von «Eigenmitteln oder Dritten (Kantone, Gemeinden und Private)», welche mindestens die Hälfte der Kosten tragen sollen, und bei Ziff. 4.2 (Auswirkungen auf die Kantone) werden «Beiträge in gleicher Höhe» von den Kantonen erwartet. Abgesehen davon unterscheiden sich die Situationen in den einzelnen Kantonen und damit auch ihre jeweilige Bereitschaft zur subsidiären Unterstützung und entsprechender Gesetzgebung erheblich. Diese Frage unterliegt indes der Kantonshoheit – ob einzeln oder koordiniert –, und sie ist nicht Gegenstand des vorliegenden Geschäfts. Wir regen aus den genannten Gründen an, die entsprechenden Passagen aus den Erläuterungen zu streichen.

Seite 3/3

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion



Beat Villiger
Regierungsrat

Kopie per E-Mail oder Gever an:

- jonas.amstutz@bj.admin.ch (Word und Pdf)
- Staatskanzlei (zur Aufschaltung der Vernehmlassung im Internet)
- Direktion des Innern
- Zuger Polizei



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

17. April 2019 (RRB Nr. 363/2019)

**Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit
von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie uns den Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Die vorliegende Verordnung, die zur Verbesserung der Sicherheit besonders gefährdeter Minderheiten beiträgt, unterstützen wir. Der Bund trägt damit der nationalen Tragweite dieser Thematik Rechnung, ohne sich auf blosser Koordinationsaufgaben zu beschränken. Die vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes sollen den unterstützten Minderheiten helfen, die Kosten für diejenigen Sicherheitsmassnahmen, die sie selber verantworten, besser tragen zu können.

Gleichzeitig ist mit der neuen Verordnung die Erwartung verbunden, dass die Kantone ebenfalls Leistungen in derselben Höhe wie der Bund erbringen. Da die Polizeihöhe in erster Linie bei den Kantonen liegt, erachten wir deren finanzielle Mitbeteiligung an Sicherheitsmassnahmen von gefährdeten Minderheiten als sachgerecht. Dementsprechend ist auch der Kanton Zürich bereit, sich an den Sicherheitskosten von auf seinem Gebiet ansässigen Minderheiten mit erhöhtem Schutzbedürfnis im Umfang der auf den Kanton entfallenden Finanzhilfen des Bundes zu beteiligen, wobei die vom Kanton zu tragenden Kosten hälftig von den Gemeinden übernommen werden sollten. Es wurden deshalb Gespräche mit den betroffenen kommunalen Sicherheitsbehörden aufgenommen. Dabei hat die Stadt Zürich bereits ihre Bereitschaft signalisiert, gemeinsam mit der zuständigen kantonalen Stelle die Frage vertieft zu prüfen, ob sie die aufgrund der aktuellen Bedrohungslage gestiegenen Sicherheitskosten von gefährdeten Minderheiten finanziell unterstützen kann.



Die Stadt Zürich – als Ort, in dem sich die grösste jüdische Gemeinde und zahlreiche jüdische Einrichtungen befinden – bzw. deren Stadtpolizei pflegt schon seit vielen Jahren eine enge und vielschichtige Zusammenarbeit mit Vertretungen der jüdischen Gemeinschaften sowie mit weiteren Minderheiten, die über besondere Schutzbedürfnisse verfügen. Art. 11 Abs. 3 VSMS sieht vor, dass die inhaltliche Prüfung der eingehenden Gesuche um Finanzhilfe ausschliesslich durch das Bundesamt für Polizei erfolgt – ohne Konsultation kantonaler oder kommunaler Sicherheitsbehörden. Letztere sollen einzig vom Nachrichtendienst des Bundes (NDB) bei der Beurteilung zum besonderen Schutzbedürfnis miteinbezogen werden (Art. 11 Abs. 2 Satz 2). Wir beantragen deshalb, dass die lokalen Behörden in die Prüfung der Gesuche um Finanzhilfe involviert werden, etwa in Form einer Stellungnahme. Art. 11 VSMS ist daher entsprechend anzupassen. Bereits heute leistet im Übrigen die Kantonspolizei Zürich im präventiven Bereich zusammen mit dem NDB und in enger Kooperation mit der Stadtpolizei Zürich viel für den Schutz religiöser Minderheiten.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli



Office fédéral de la justice
3003 Berne

Par courrier électronique :
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Paudex, le 2 avril 2019
PGB

Procédure de consultation : projet d'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP)

Madame, Monsieur,

Nous avons pris connaissance du projet d'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP), tel que mis en consultation par le Département fédéral de justice et police.

La Confédération souhaite, par cette nouvelle ordonnance, se donner une base juridique pour octroyer des aides financières (de l'ordre de 500'000 francs par an au maximum) en faveur de mesures destinées à protéger certaines minorités contre les risques relevant du terrorisme ou de l'extrémisme violent.

Ce projet ne concerne pas directement l'économie privée, mais il nous semble poser des problèmes du point de vue du fonctionnement général des institutions, et c'est dans cette optique que nous souhaitons prendre position.

Base légale insuffisante

La base légale invoquée est l'article 386 du Code pénal, qui autorise la Confédération à «prendre des mesures d'information et d'éducation ou d'autres mesures visant à éviter les infractions et à prévenir la délinquance». Nous constatons toutefois que la justification de cette base légale occupe une place inhabituellement longue dans le rapport explicatif (environ une page et demi), et qu'elle souligne surtout l'embarras des auteurs: *«Les cantons sont en principe compétents dans ce domaine, et en particulier s'agissant de la prévention des menaces pour la sécurité et l'ordre publics, ainsi que pour la suppression des troubles. [...] Le recours à l'art. 386 CP comme fondement pour le soutien de telles mesures par la Confédération constitue ainsi un cas particulier. Le défaut de base constitutionnelle claire et précise relative à cette disposition est critiqué par une partie de la doctrine. Il convient donc de l'interpréter de manière restrictive.»*

Nous en concluons que le projet d'ordonnance mis en consultation ne dispose pas d'une base légale et constitutionnelle correcte.

Choix problématique des bénéficiaires

Nous constatons également un certain embarras dans la manière dont le projet d'ordonnance définit les «minorités» susceptibles de bénéficier de mesures de protection et celles qui devraient être exclues. Seules seraient ainsi prises en compte les minorités qui *«se distinguent notamment par leur mode de vie, leur culture, leur religion, leurs traditions, leur langue ou leur orientation sexuelle»*, et qui *«entretiennent des liens solides avec la*

Suisse et ses valeurs». Le rapport explicatif précise que les moyens financiers «ne doivent pas servir à soutenir n'importe quel groupe de personnes ou n'importe quelle communauté ouverte», et que les groupes de personnes «qui se définissent par leur profession (par exemple les bouchers, les agriculteurs, les médecins) ne constituent pas des minorités au sens de l'ordonnance». Il est encore souligné qu'«on ne peut pas considérer comme des minorités ayant un besoin de protection particulier les groupements dont le positionnement religieux ou idéologique est en contradiction fondamentale avec les principes de base de l'Etat de droit et de la démocratie, les groupements qui se dissocient volontairement de la majorité de la société ou des autres minorités, qui refusent l'échange social et pour lesquels la provocation est plus importante qu'un dialogue orienté sur le compromis et la compréhension».

On voit plus ou moins où le législateur veut en venir, en se réservant la libre appréciation des «qualités» et «défauts» des futurs quémandeurs. La sélection de communautés qui «se distinguent suffisamment par leur mode de vie» sans pour autant «se dissocier volontairement de la majorité de la société ou des autres minorités» promet tout de même quelques brillants exercices d'équilibrisme intellectuel, et probablement un certain nombre de contestations. A terme, on risque de susciter des sentiments de discrimination et des rivalités entre les communautés «dignes de protection» et les autres.

Nous estimons plutôt que la protection contre les actes de violence doit s'exercer de la même manière à l'égard de toutes les personnes qui résident en Suisse, indépendamment du fait qu'elles soient organisées en communautés structurées ou qu'elles partagent les «valeurs» dominantes de la société helvétique. Il appartient aux autorités de police cantonales d'analyser de cas en cas les risques et les mesures à prendre, la Confédération ne devant intervenir, dans ce domaine, qu'à la demande des autorités cantonales.

Pour les raisons exposées ci-dessus, nous ne sommes pas favorables à la législation proposée.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à notre position et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

Centre Patronal



Pierre-Gabriel Bieri



Magden, Bern, Biel, 06.10.2018

Herrn Jonas Amstutz
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Öffentliches Recht
Fachbereich Rechtsetzungsprojekte und
-methodik
Bundesrain 20

3003 Bern

Per E-Mail an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Stellungnahme in der Vernehmlassung zur

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Sehr geehrter Herr Amstutz,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Beteiligung am obgenannten Vernehmlassungsverfahren und unterbreiten Ihnen hier unsere Stellungnahme:

Bischof und Synodalrat der Christkatholischen Kirche der Schweiz begrüßen die vom EJPD ausgearbeiteten Massnahmen und unterstützen Sie vollumfänglich. Die in den letzten Jahren in Europa wieder vermehrt durch terroristische, bzw. gewaltextremistische Aktionen bedrohten Minderheiten in ihren Schutzvorkehrungen zu unterstützen ist eine Notwendigkeit, für die auch der Staat und die Gesellschaft in der Verantwortung steht.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

Christkatholische Kirche der Schweiz

Manuela Petraglio-Bürgi

Manuela Petraglio-Bürgi
Präsidentin des Synodalrats

+ Harald Rein

Dr. Harald Rein
Bischof

Versand per E-Mail

Bundesamt für Justiz BJ

Bundesrain 20,
CH-3003 Bern

Regensdorf, 6. Mai 2019

Vernehmlassung über die „Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)“

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Dachorganisation der rund 200 angeschlossenen muslimischen Vereine in der Schweiz bedanken wir uns für die Einladung zur Vernehmlassung über die „Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)“.

Die FIDS Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz vertritt die Interessen von der Mehrheit der organisierten Muslimen in der Schweiz. Wir setzen uns konsequent für die Förderung des gesellschaftlichen Friedens und die praxisorientierte Weiterentwicklung von Aktivitäten für die Ablehnung jeglicher Form von Diskriminierung, Gewalt und Extremismus in der Gesellschaft ein.

Die jüngsten tragischen Ereignisse von Pittsburgh oder Poway gegen eine Synagoge oder in Christchurch gegen die zwei Moscheen bestätigen, dass in friedlichen Westländern die Angriffe gegen religiöse Minderheiten ein echtes Risiko darstellen. Den Attentaten gegen Christliche Minderheiten in Sri Lanka an Ostern haben die ganze Welt während einer so besinnlichen Zeit erschüttert.

Der Hass gegen religiöse Minderheiten, wie die religiöse Intoleranz gegen Muslime im Allgemeinen, hat sich in den letzten Jahren aufgrund wachsender Bedenken im Zusammenhang mit der internationalen Dynamik und wiederkehrenden polarisierten Diskussionen verstärkt. Die Schweiz war leider keine Ausnahme. Allein in den letzten Jahren kam es zu mehreren Vorfällen gegen Muslime und muslimische Einrichtungen in der Schweiz wie z.B. Amoklauf in einer Moschee in Zürich oder Schändung des muslimischen Friedhofs in Lausanne, geschweige körperliche Angriffe auf Muslime an öffentlichen Orten.

Die muslimische Gemeinschaft ist mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert wie z.B. die öffentliche Wahrnehmung der Muslime als Migrantengruppe und auch die Gefahr, die von den manipulierten Individuen innerhalb der Gemeinschaft selbst ausgeht. Die Haltung der FIDS und ihrer Dachverbände ist in dieser Frage klar, dass solche Einstellungen keinen Platz in einer friedlichen Gesellschaft haben dürfen. Jede Verallgemeinerung einzelner Taten, wenn die Muslime betroffen sind, führt zum Vertrauensverlust der Gesellschaft gegenüber Muslimen. Wir sehen deshalb die VSMS als positives Signal an Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen, vor allem deshalb, weil wir davon überzeugt sind, dass die Gesellschaft nicht sicher sein kann, wenn ihre Minderheiten nicht sicher sind. Ergänzend erlauben wir uns folgende Anregungen:

Allgemeine Bestimmungen

Wir begrünnen es, dass sich die Verordnung auf bestimmte Formen von Sicherheitsbedrohungen konzentriert. Um die sachgemässe Anwendung der in der VSMS vorgesehenen Massnahmen sicherzustellen und um mögliche Fehlinterpretationen zu vermeiden, erachtet es die FIDS als sinnvoll die Begriffe: "Terrorismus" und "gewalttätiger Extremismus", neben dem Begriff "Minderheiten", in der Verordnung selbst zu definieren oder einen direkten Verweis auf das Nachrichtendienstgesetz (NDG) aufzunehmen.

Massnahmen und Finanzhilfen

Was die Hintergründe der VSMS betrifft, schliessen wir uns den Ausführungen im Konzept des Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS) „Sicherheit Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen“ vom 17. April 2018 an, wo anerkannt wird, dass die muslimischen Gemeinden neu mit dieser Problematik konfrontiert sind.

Um die Sicherheitsziele ausreichend verwirklichen zu können und um die Hintergründe möglicher Vorfälle angemessen schätzen zu können, mussten die meisten muslimischen Gemeinden für die Thematik der Sicherheit stärker sensibilisiert werden. Die Bedürfnisse verschiedener muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz unterscheiden sich, je nach fachlichen, finanziellen und personellen Ressourcen.

Die Frage nach der Chance der Finanzhilfegewährung für Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten führt zur Frage nach den realen Bedingungen ihres Gelingens. Gute Absichten könnten bis jetzt wegen fehlender Finanzen oft nicht in die Tat umgesetzt werden. Deshalb begrünnen wir es, dass die VSMS im Art. 4 neben den baulichen Massnahmen auch die Ausbildung, die Sensibilisierung sowie Information als unterstützende Massnahmen anerkennt.

Zusammenfassung

Aus den obengenannten Gründen unterstützt die FIDS die „Verordnung zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)“, die für religiöse Minderheiten wichtige Schutzmassnahmen in zweckmässiger Weise beinhaltet. Auf offene Formulierungen, wie im Art. 1 VSMS, sollte jedoch aus Gründen der Rechtssicherheit verzichtet werden.

Die VSMS schätzen wir als einen wesentlichen Schritt im Gesamtprozess und auch als Ausgangspunkt für die Kantone/Gemeinden, bei denen sich die Sicherheitspolitik gegenüber religiösen Minderheiten weiterhin positiv und konkret entwickelt. Es verstärkt die Sicherheit für alle und befestigt das Gefühl des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Der Vorstand der FIDS dankt für die geleistete Arbeit und für die Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen der FIDS – Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz

Dr. Montassar BenMrad

Präsident



FEDERATION ROMANDE
DES ASSOCIATIONS LGBT

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Berne, le 7 mai 2019

Ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet d'ordonnance visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier.

Créée le 1^{er} septembre 2018, la Fédération romande des associations LGBT compte à ce jour 15 associations membres (Alpagai, Asile LGBT, Dialogai, EPICENE, Juragai, Les Klamydia's, Le PAV, Lestime Lilith, LWork, Sarigai, Togayther, Vogay, Think Out, 360°) qui couvrent l'ensemble de la Suisse romande.

La Fédération a pour buts :

- De permettre une collaboration efficace entre les associations membres en vue de la promotion de l'égalité des droits pour les personnes, quelles que soient leur orientation sexuelle ou leur identité de genre ;
- De permettre une collaboration efficace entre les associations membres en vue de lutter contre toutes formes de discriminations liées à l'orientation sexuelle ou l'identité de genre ;
- De permettre une collaboration efficace entre les associations membres en vue de la promotion de la santé physique et psychique des personnes, quelles que soient leur orientation sexuelle ou leur identité de genre ;
- De développer et promouvoir les relations entre la Fédération et les organisations qui poursuivent les mêmes objectifs et de porter la voix des associations membres au niveau national ;
- De représenter, vis-à-vis des tiers, ses associations membres en ce qui concerne les projets, activités et stratégies communes élaborées et réalisées ;

- De promouvoir des liens de solidarité et d'entraide entre ses associations membres.

Cette ordonnance est très importante à nos yeux et nous tenons à saluer cette initiative totalement nécessaire. L'inclusion d'office de l'orientation sexuelle, de l'identité de genre, de l'expression de genre et des caractéristiques sexuelles différentes dans les minorités ayant un besoin de protection particulier est essentielle et nous vous en remercions. Nous trouvons toutefois dommage que seul Pink Cross ait été invité à prendre part à cette consultation, car toute la communauté lesbienne, gay, bi, trans, intersexe, et donc toutes les autres faitières LGBTI, est concernée par l'OSMP.

Introduction

Le Conseil fédéral entend contribuer au financement de mesures nécessaires pour assurer la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier. Les minorités LGBTI ayant un besoin de protection particulier sont représentées par les faitières suivantes : LOS - Organisation des lesbiennes suisses, PINK CROSS, TGNS et InterAction - Association Suisse pour les Intersexes. Selon le Rapport explicatif (page 6), les groupes minoritaires présents au sein de la communauté LGBTI comprennent des personnes qui se distinguent par leur orientation sexuelle (LGB), leur identité de genre (T) ou par le fait d'être nées avec des caractéristiques sexuelles qui ne correspondent pas aux définitions typiques de "mâle" et "femelle" : les personnes intersexes (I).

Article 3b, minorités

Les personnes dont l'orientation sexuelle, l'identité de genre, l'expression de genre ou les caractéristiques sexuelles sont minoritaires, subissent encore énormément de discriminations et sont parfois aussi la cible de violences. Tel fut le cas lors de l'attaque d'un club gay à Orlando (Floride), d'une jeune femme trans* à Paris le 31 mars et samedi dernier à Nice ou, plus près de chez nous, du saccage d'un appartement occupé par un couple homosexuel à Morges en février 2019 ou encore le tabassage d'un couple gay à Neuchâtel en juin 2018, pour ne citer que quelques tristes exemples parmi d'autres de possibles actes violents.

Au vu de ces exemples, il est essentiel que toutes ces minorités soient comprises dans cette ordonnance, mais également qu'elles soient plus inclusivement définies.

La définition large du terme « minorités » de l'ordonnance est juste, mais la convention-cadre du 1er février 1995 « pour la protection des minorités nationales » mentionnée dans le rapport explicatif est aujourd'hui, tout comme lors de sa rédaction, insuffisante.

Nous saluons l'ajout du terme « orientation sexuelle » à l'article 3 alinéa 1b, mais regrettons l'oubli des termes « identité de genre », « expression de genre » et « caractéristiques sexuelles ». **L'identité de genre, l'expression de genre et les caractéristiques sexuelles doivent impérativement, et explicitement, être intégrées à l'ordonnance.**

Ces termes sont internationalement reconnus et définis dans les principes de Jogjakarta. Ils englobent tous les aspects qui concernent les personnes homosexuelles, bisexuelles, trans* ou intersexes. Il n'est pas suffisant d'inclure qu'une seule fois dans tout le rapport toutes les personnes LGBTI en les mentionnant explicitement alors que le vocabulaire de l'ordonnance vise uniquement les discriminations fondées sur l'orientation sexuelle. Les personnes LGBTI ne se définissent *pas* par une orientation sexuelle commune, mais par leur besoin commun de protection.

Diverses études l'ont déjà démontré, les personnes trans* et intersexes ont, en effet, un plus grand risque d'être victimes de violence. L'expression de leur différence est en effet souvent plus visible que l'orientation sexuelle.

De plus, l'orientation sexuelle n'englobe aucunement l'un de ces trois termes. Pour ce point, nous vous prions de prendre en compte la réponse exhaustive de Transgender Network Switzerland (TGNS) à la consultation sur l'initiative parlementaire Reynard 13.407 « Lutter contre les discriminations basées sur l'orientation sexuelle ». L'association explique pourquoi les précisions du rapport explicatif, qui réitère que l'affirmation "les groupes minoritaires tels que les LGBTI" sont tous représentés par le terme de l'orientation sexuelle, sont fausses.

Article 3c, Valeurs

Dans l'article 3 al.1 c., il est précisé que ces minorités doivent entretenir « des liens solides avec la Suisse et ses valeurs ». Dans le rapport explicatif, il devient clair que les liens solides avec la Suisse sont une intégration à la vie sociétale en Suisse, mais le terme de « valeurs » est dépassé et donc superflu. **Nous pensons qu'il est faux de parler de valeurs dans un texte juridique**, car c'est un terme indéfini, c'est-à-dire qu'il n'y a pas de consensus social sur ce mot, ni de concept de valeurs nationales existant pour que son sens soit unanime et explicite. Les valeurs de la Suisse pourraient ainsi être définies par l'hétéronormativité, ce qui rendrait l'application de cette ordonnance contradictoire. De plus, l'explication du rapport précisant que par « valeurs » on entend une connaissance des « systèmes social et juridique suisses » est problématique parce que ces minorités, qui ont un besoin particulier de protection, dans la logique de leur définition, ne font pas partie de la majorité des valeurs du système social.

Article 5, aides financières

Nous saluons les buts des mesures qui peuvent être soutenues financièrement. « L'information sur les minorités » est toutefois un point essentiel pour leur sécurité à long terme et si cette ordonnance vise à éliminer la menace qui pèse sur ces groupes, l'information est primordiale. « Des aides financières pour un montant maximum de 500 000 francs par an » ne sont par conséquent pas suffisantes au vu de l'ampleur des mesures à prendre et de l'étendue des minorités concernées. Couvrir le besoin en information et en supports techniques des minorités avec un budget aussi bas, n'est tout simplement pas possible. **Nous demandons une augmentation conséquente des fonds alloués à la question.** Ces fonds supplémentaires devront bien entendu avoir les mêmes critères de décisions pour être octroyés.

Article 7, conditions des aides financières

Les minorités ayant des besoins de protection particuliers ne réussissent aujourd'hui pas à financer leurs besoins. Cette ordonnance de la Confédération est donc nécessaire. Toutefois, en mettant une limite au financement de 50% des coûts (art.7 al.1), les groupes les plus vulnérables qui n'ont pas forcément les moyens de financer la moitié des coûts en sécurité dont ils ont besoin, seront encore davantage marginalisés et attaquables. Or, le fait que ce soit des minorités ne leur donne, dans certains cas, pas accès à d'autres fonds que ceux de la Confédération, ce qui signifie qu'elles ne pourront pas mettre en place les mesures de sécurité prévues pour leur protection. **Nous demandons que cette limite d'une couverture de maximum 50% des coûts soit revue de manière à garantir l'accès à ce fonds pour toutes les minorités concernées.**

Article 11, examen des demandes et décisions

Le fait que le Service de renseignement de la Confédération (SRC) soit seul à apprécier le besoin de protection (art. 3 al.3) n'est, selon nous, pas une situation idéale pour toutes les minorités prises en compte par cette ordonnance. L'appréciation du SCR s'oriente, en effet, conformément à ses attributions, seulement autour de la perspective du délinquant, ou ici de l'extrémisme violent. Ainsi, même si le SRC n'était pas seul appréciateur du besoin de protection, **nous demandons qu'il soit possible dans l'art. 3 de faire recours à une instance externe** qui prenne en compte la perspective de la « victime ». Selon la minorité en question, d'autres institutions (bureau fédéral de l'égalité, commission fédérale contre le racisme, commissions extraparlimentaires, établissements d'enseignement, etc.) doivent pouvoir être mandatées, pour que, selon le besoin, un jugement impartial puisse être donné.

Conclusion

En l'état, cette ordonnance ne nous satisfait pas. L'orientation sexuelle tout comme l'identité de genre, l'expression de genre ou les caractéristiques sexuelles auraient dû être prises en compte dans l'élaboration de cette ordonnance et pas être ajoutées après son élaboration qui ciblait clairement les besoins des minorités religieuses. Des experts en matière de sécurité de toutes les minorités doivent être consultés pour que cette ordonnance corresponde aussi aux besoins de chacune d'entre elles. Dans la continuité de la critique de l'article 11, il est essentiel pour nous que les organismes compétents en la matière puissent apprécier le besoin de protection des minorités que nous représentons. **Nous demandons que cette ordonnance soit revue avec une intégration dès le début de l'orientation sexuelle tout comme de l'identité de genre, de l'expression de genre et des caractéristiques sexuelles.**

Vernehmlassung über die «Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)»

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vernehmlassung über die «Verordnung über zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)» äussern zu können.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine unabhängige Stimme für Minderheiten und indigene Gemeinschaften. Wir unterstützen lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und Indigenen und arbeiten national sowie international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Seit 2014 arbeiten wir eng mit den Organisationen der Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz zusammen und setzen uns gegen Rassismus und Antiziganismus in der Schweiz ein.¹

Allgemein möchten wir darauf verweisen, dass die Bundesverwaltung angehalten ist, die Eigenbezeichnung der Minderheiten zu respektieren und zu benutzen. Seit 2016 gilt dies auch für die Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma. Der pauschalisierende Begriff «Fahrende» ist zu ersetzen.² Dies gilt auch für die VSMS und die damit verbundene Kommunikationskanäle des BJ (inkl. Medienmitteilungen).

Antiziganismus ist in der Schweiz virulent. Tätlichen Übergriffen auf fahrende Jenische, Sinti und Roma auf den Durchgangsplätzen sind dokumentiert. In den letzten Jahren haben insbesondere «Hate Speech» sowie explizit diffamierende Aussagen von Politikerinnen und Politiker gegenüber Jenischen, Sinti und Roma zugenommen.³ Aufgrund dieser Situation und dem Mangel an Halteplätzen für fahrende Minderheiten hat der Bund einen Aktionsplan erarbeitet, der Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz vorsieht. Leider wurde der Aktionsplan noch nicht verabschiedet und die entsprechenden Massnahmen im Bereich Diskriminierungsschutz werden eher zurückhaltend umgesetzt. Aus diesem Grund ist es sehr zu begrüßen, dass Jenische, Sinti und Roma ebenfalls den Anspruch als Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen für sich geltend machen können.

Vor diesem Hintergrund hat die VSMS für Jenische, Sinti und Roma in der Schweiz eine ganz besondere Bedeutung. Gerne nehmen wir im Folgenden zu einzelnen Punkten Stellung:

Rechtliche Grundlage, Art. 386 StGB

Die Verordnung stützt sich auf Artikel 386 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB). Damit wird im bestehenden gesetzlichen Rahmen eine rechtliche Grundlage auf Verordnungsebene geschaffen für die Unterstützung von Präventionsmassnahmen und damit auch für Unterstützungsmassnahmen durch den Bund. Gestützt darauf kann der Bund in der Kriminalprävention tätig werden, indem er Aufklärungs- Erziehungs- und weitere Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten selbst ergreift oder Massnahmen Dritter finanziert oder fördert. Wir begrüßen die rechtliche Grundlage dieser Verordnung. Die Verordnung bedient eine Schnittstelle zwischen unmittelbarer Gefahrenabwehr und Prävention gegenüber möglicher künftiger Täterschaft. Ebenso begrüssen wir, dass sich der Bund in Bezug zu den Präventionsmassnahmen auf seine Koordinationskompetenz beruft.

¹ <https://www.gfbv.ch/de/kampagnen/stopp-antiziganismus/>

² <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/sprachen-und-gesellschaft/jenische-und-sinti-als-nationale-minderheit/weiterfuehrende-informationen.html>

³ https://www.gfbv.ch/wp-content/uploads/schattenbericht_def_e_lang.pdf

Artikel 3 Minderheiten

Wir begrüßen, dass der Minderheitenbegriff in der Verordnung offengehalten, über die engen und überholten Kriterien des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten hinausgehen und evolutiv angewendet wird.

Die gefestigte Bindung zur Schweiz und ihren Werten in Bezug zu den begünstigten Minderheiten empfinden wir als nachvollziehbar. Doch sollte dies nicht an eine öffentliche Wahrnehmbarkeit und Partizipation in den Städten und Regionen gekoppelt sein. Viele Angehörigen der Jenischen, Sinti und Roma leben ihre Identität aus Angst vor Diskriminierung privat und zeigen ihre Identität nicht öffentlich. Dies gilt auch für andere Minderheitenangehörige. Dieser Passus ist im erläuternden Bericht zur VSMS zu relativieren.

Artikel 2 Absatz 2 verlangt ein besonderes Schutzbedürfnis, welches durch objektiv Kriterien belegt sein müssen. Was bedeutet das für Jenische, Sinti und Roma in der Schweiz? Aufgrund der jahrhundertelangen Ausgrenzung und Diskriminierung ist das Misstrauen gegenüber Behörden oder behördennahen Institutionen sehr hoch. Gewalttätige Übergriffe auf Durchgangsplätze oder im Rahmen des Spontanhaltes werden den Behörden kaum rapportiert und sind somit nicht Teil der Behördenstatistiken. Fälle von Rassismus und Diskriminierung werden weder bei den entsprechenden Beratungsstellen noch bei der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus gemeldet und tauchen somit in den offiziellen Berichten des Bundes nicht auf. Dasselbe gilt auch die Beurteilungskriterien durch den NDB. Da der Beurteilung durch die «Opferperspektive» die rechtliche Grundlage fehlt, birgt dies die Gefahr, dass Jenische, Sinti und Roma einmal mehr durch die Behördenraster fallen und ihre spezifische Situation nicht berücksichtigt wird. Hier erwarten wir sowohl vom Bundesamt für Justiz als auch vom NDB die nötige Sensibilität.

Art 4 Massnahmen

Der Zweck der Massnahmen ist offen formuliert und lässt sich problemlos auch auf die Bedürfnisse der Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz anwenden. Neben allfälligen Schutzmassnahmen in Bezug auf Halteplätzen sind es vor allem Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen, welche die besagten Minderheiten vor Übergriffen schützen. Dies würde insbesondere Massnahmen gegen Hate Speech sowie Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen in Bildungsinstitutionen und bei der Polizei umfassen.

Art 5 Finanzhilfen

Gestützt auf die vorliegende Verordnung will der Bund jährlich Finanzhilfen leisten. Erwartet wird von Seiten des Bundes, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen. Der Bund zeigt damit, dass er sich seiner Verantwortung gegenüber Minderheiten bewusst ist und sich an deren Schutz finanziell beteiligen will. Zu einem massgeblichen Schutz der gefährdeten Minderheiten in der Schweiz kann es aber nur kommen, wenn der Betrag durch die Mittel der Kantone ergänzt werden. Das ist umso mehr der Fall, solange die gesetzliche Regelung, die der Bund in einem weiteren Schritt anstrebt, noch nicht in Kraft ist. Es ist umso wichtiger, dass der Bund die Kantone bezüglich ihrer Verantwortung gegenüber gefährdeten Minderheiten zu sensibilisiert und dass auf kantonaler Ebene die nötigen Finanzierungsgefässe definiert und geschaffen werden.

Art. 11 Prüfung der Gesuche und Entscheide

Das fedpol nimmt die inhaltliche Prüfung vor und holt beim NDB eine Beurteilung ein. Wie wir unter Art. 3 bereits erwähnen, ist es wichtig, sowohl das fedpol als auch des NDB vor Inkrafttreten der Verordnung über die besondere Situation und der Bedürfnisse der Jenischen, Sinti und Roma zu sensibilisieren. Dieser spezifischen Situation ist bei der Beurteilung der Gesuche ebenfalls Rechnung zu tragen.

Auswirkungen auf die Kantone:

Die Verordnung ist mit der Erwartung verbunden, dass die Kantone Beiträge in gleicher Höhe leisten. Dies ist für die GfbV zentral, da auch Kantone ihren Beitrag zum Schutz gefährdeter Minderheiten leisten müssen.

Zusammenfassung

Die GfbV begrüsst die «Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)». Damit die Verordnung Wirkung entfalten kann, ist es zentral, das sowohl das fedpol wie auch der NDB vor dem Inkrafttreten der Verordnung über die spezifische Situation der Jenischen, Sinti und Roma informiert und sensibilisiert werden, um strukturelle Diskriminierung in der Behandlung der Gesuche entgegenzuwirken. Abschliessend ist zu bemerken, dass wir diese Verordnung als ersten Schritt sehen auf dem Weg zur angekündigten, gesetzlichen Grundlage auf Bundesebene, die die Unterstützung aktiver und passiver Schutzmassnahmen von gefährdeten Minderheiten umfassend regeln und damit auch die Möglichkeiten für Finanzhilfen des Bundes erweitern soll.

Bern, 21.2.2019



Christoph Wiedmer
Geschäftsleiter GfbV



Angela Mattli
Kampagnenleiterin Minderheiten und Diskriminierung



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bern, 13.5.2019
05.04 sro

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen; Stellungnahme

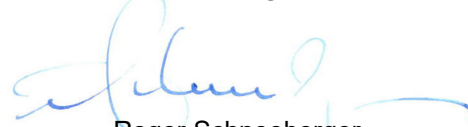
Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen.

Der Vorstand KKJPD hat sich in seiner Sitzung vom 4. März 2019 mit der Vorlage befasst. Er stimmt der Verordnung in allen Teilen zu.

Die von den Vertretern der KKJPD im Rahmen der vom Bundesamt für Justiz geführten Arbeitsgruppe eingebrachten Anliegen wurden unseres Erachtens angemessen berücksichtigt.

Freundliche Grüsse



Roger Schneeberger
Generalsekretär

Eidgenössisches Justiz- und

Polizeidepartement EJPD

Bundeshaus West

3003 Bern

Berne, le 07 Mai 2019

Ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet d'ordonnance visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier.

Les quatre organisations faîtères des personnes LGBTI, qui vont prendre position quant à cette ordonnance, représentent les personnes LGBTI de suisse, mais aussi une majorité des organisations LGBTI cantonales, ou régionales :

- **InterAction** Suisse a pour mission de visibilité les revendications et vécus intersexes, d'offrir du soutien psychologique, juridique et social aux personnes concernées et de s'engager politiquement contre les traitements chirurgicaux, médicaux et hormonaux auxquels sont soumises les personnes intersexes, sans leur consentement éclairé et exprès. Nous visons à créer une communauté soudée et émancipée, qui saura trouver les ressources nécessaires à mener le travail qu'il reste à faire pour garantir les droits humains des personnes intersexuées.
- **Transgender Network Switzerland (TGNS)** est l'association suisse des personnes trans. Fondée en 2010, TGNS représente au niveau national les intérêts de toutes les personnes qui ne se reconnaissent pas dans le sexe qui les a été assigné à la naissance.
- **L'Organisation Suisse des lesbiennes (LOS)** a été fondée en 1989. C'est la faîtère suisse des organisations de lesbiennes et elle représente au niveau national les intérêts des lesbiennes et des femmes qui aiment les femmes.
- **Pink Cross** a été fondé en 1993. C'est la faîtère suisse des organisations gais et bi de suisse et elle représente, au niveau national les intérêts des hommes gais et bi.

Cette ordonnance est très importante à nos yeux et nous tenons à saluer cette initiative totalement nécessaire. L'inclusion d'office de l'orientation sexuelle dans les minorités ayant un besoin de protection particulier est essentielle et nous vous en remercions. Nous trouvons toutefois dommage que seul Pink Cross ait été invité à prendre part à cette consultation qui

concerne non seulement les hommes gays et bi, mais aussi le reste de la communauté et donc les autres faïtières LGBTI.

Introduction

Le Conseil fédéral entend contribuer au financement de mesures nécessaires pour assurer la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier. Les minorités LGBTI ayant un besoin de protection particulier sont représentées par les faïtières suivantes : LOS - Organisation des lesbiennes suisses, PINK CROSS, Transgender Network Switzerland (TGNS) et InterAction - Association Suisse pour les Intersexes.

Base légale

Selon le Concept du 17 avril 2018 du RNS, page 14 (voir page 3 du rapport explicatif) l'art. 386 du Code pénal suisse (CP, RS 311.0) contient une base légale pour le soutien fédéral à des mesures préventives. La Confédération peut prendre des mesures d'information et d'éducation ou d'autres mesures visant à éviter les infractions. Elle peut soutenir des projets visant ce but et s'engager auprès d'organisations qui mettent en œuvre les mesures préventives. Le contenu, les objectifs et les modalités des mesures préventives doivent être mis en œuvre dans une ordonnance (art. 386 al.4 CP).

Nous sommes de l'avis qu'il existe une base constitutionnelle claire et précise relative à cette disposition vue que cette disposition est critiquée que par une partie de la doctrine (par contre, le rapport explicatif ne mentionne aucune de ces sources).

Il faut donc interpréter le champ d'application sans restriction. Surtout, l'art. 386 CP peut fonder une compétence en faveur de mesures fédérales présentant un lien suffisamment étroit avec l'objectif de prévention de la délinquance (voir Valérie Junod, Interdiction des jeux vidéo violents : Moral Kombat?, Medialex 2012, voir p. 3 ss.).

Art. 1, objet

La protection des minorités (LGBTI et autres) ne doit pas être interprétée de manière trop étroite. L'art. 386 CP inclut expressément des mesures préventives, les mesures d'information et d'éducation pour éviter les infractions et pour prévenir la délinquance. L'ordonnance ne doit pas tomber au-dessous de ce standard minimal. Comme le mentionne le rapport explicatif, l'extrémisme violent peuvent émaner également d'individus radicalisés qui, pour des motifs racistes ou d'autres motifs de haine, sont prêts à commettre des actes violents contre des minorités comme nous.

Des motifs de haine extrémistes sont en partie propagés sur l'internet et nos associations sont souvent confrontées à ces formes de violence (discours de haine, le lynchage numérique et la radicalisation sur Internet). L'extrémisme s'exprime par le fait d'être disposé à modifier radicalement une situation, en recourant à la violence si nécessaire, pour instaurer une idéologie absolue (c'est-à-dire considérée comme la seule interprétation vraie) fondée sur, entre autres, des convictions politiques ou religieuses (Kemmesies 2006, p. 11). L'extrémisme peut aussi constituer un positionnement extrême par rapport à l'identité, le genre, le sexe et toute sorte d'idéologie et d'autres idéologies qui refusent tout type de changement au sein de notre société. L'extrémisme violent comprend ainsi aussi *tous les autres types de violence fanatique ou haineuse basée sur une idéologie* (voir www.jeunesetmedias.ch).

Article 3b, minorités

Les personnes dont l'orientation sexuelle, l'identité de genre, l'expression de genre ou les caractéristiques sexuelles sont minoritaires, subissent encore énormément de discriminations et sont parfois aussi la cible de violences. Tel fut le cas lors de l'attaque d'un club gay à Orlando (Floride), ou, en 2015, lors d'une prise d'otage d'une jeune personne intersexe (kenyan

Muhadh Ishmael) qui s'est fait mutiler et a succombé à la suite de ses blessures, ou, de l'attaque d'une jeune femme trans* en pleine rue de Paris en mars cette année. Plus près de chez nous, le saccage d'un appartement occupé par un couple homosexuel à Morges en février 2019 ou encore le tabassage d'un couple gay à Neuchâtel en juin 2018, pour ne citer que quelques tristes exemples parmi d'autres de possibles actes violents.

Les cas suisses de crimes haineux, discriminations et attaques envers des personnes LGBTI, signalés, ont, l'année passée, comme celle d'avant, été recensés par les associations faïtières, dans un rapport disponible auprès des faïtières.

Au vu de ces exemples, il est essentiel que toutes ces minorités soient comprises dans cette ordonnance, mais également qu'elles soient plus inclusivement définies.

La définition large du terme « minorités » de l'ordonnance est juste, mais la convention-cadre du 1er février 1995 « pour la protection des minorités nationales » mentionnée dans le rapport explicatif est aujourd'hui, tout comme lors de sa rédaction, insuffisante.

Nous saluons l'ajout du terme « orientation sexuelle » à l'article 3 alinéa 1b, mais regrettons l'oubli des termes « identité de genre », « expression de genre » et « caractéristiques sexuelles ». **L'identité de genre, l'expression de genre et les caractéristiques sexuelles doivent impérativement, et explicitement, être intégrées à l'ordonnance.**

Ces termes sont internationalement reconnus et définis dans les principes de Jogjakarta. Ils englobent tous les aspects qui concernent les personnes homosexuelles, bisexuelles, trans* ou intersexes. Il n'est pas suffisant d'inclure qu'une seule fois dans tout le rapport toutes les personnes LGBTI en les mentionnant explicitement alors que le vocabulaire de l'ordonnance vise uniquement les discriminations fondées sur l'orientation sexuelle. Les personnes LGBTI ne se définissent *pas* par une orientation sexuelle commune, mais par leur besoin commun de protection.

Diverses études l'ont déjà démontré, les personnes trans* et intersexes ont, en effet, un plus grand risque d'être victimes de violence. L'expression de leur différence est en effet souvent plus visible que l'orientation sexuelle.

De plus, l'orientation sexuelle n'englobe aucunement l'un de ces trois termes. Pour ce point, nous vous prions de prendre en compte la réponse exhaustive de Transgender Network Switzerland (TGNS) à la consultation sur l'initiative parlementaire Reynard 13.407 « Lutter contre les discriminations basées sur l'orientation sexuelle ». L'association explique pourquoi les précisions du rapport explicatif, qui réitère que l'affirmation "les groupes minoritaires tels que les LGBTI" sont tous représentés par le terme de l'orientation sexuelle, sont fausses.

L'exemple récent, de l'exclusion de l'orientation sexuelle de la loi sur l'égalité, suite à un jugement par le tribunal fédéral d'un cas de discrimination à l'embauche (**8C_594/2018**), montre également que les termes mentionnés ci-dessus doivent tous figurer dans le texte de loi (ou dans l'ordonnance pour le cas présent), pour qu'ils soient pris en compte lors de son exécution.

Article 3c, ordre constitutionnel

Dans l'article 3 al.1 c., il est précisé que ces minorités doivent entretenir « des liens solides avec la Suisse et ses valeurs ». Dans le rapport explicatif, il devient clair que les liens solides avec la Suisse sont une intégration à la vie sociétale en Suisse, mais le terme de « valeurs » est dépassé et donc superflu. **Nous pensons qu'il est faux de parler de valeurs dans cette**

ordonnance, car c'est un terme indéfini, c'est-à-dire qu'il n'y a pas de consensus social sur ce mot, ni de concept de valeurs nationales existant pour que son sens soit unanime et explicite. Les valeurs de la Suisse pourraient ainsi être définies par l'hétéronormativité, les personnes cis-genres et celles nées avec des caractéristiques sexuelles qui correspondent aux définitions typiques de « mâle » et « femelle », ce qui rendrait l'application de cette ordonnance contradictoire. De plus, l'explication du rapport précisant que par « valeurs » on entend une connaissance des « systèmes social et juridique suisses » est problématique parce que ces minorités, qui ont un besoin particulier de protection, dans la logique de leur définition, ne font pas partie de la majorité des valeurs du système social.

Article 4c

Nous proposons pour des raisons de clarté à la place de "la sensibilisation des minorités ayant un besoin de protection particulier ou des tiers aux menaces existantes et aux mesures préventives à prendre pour assurer leur sécurité ;"

art. 4c nouveau : "la sensibilisation des minorités ayant un besoin de protection particulier et la sensibilisation des tiers et de de l'ensemble de la société aux menaces existantes et aux mesures préventives à prendre pour assurer leur sécurité;".

Article 5, aides financières

Nous saluons les buts des mesures qui peuvent être soutenues financièrement. « L'information sur les minorités » est toutefois un point essentiel pour leur sécurité à long terme et si cette ordonnance vise à éliminer la menace qui pèse sur ces groupes, l'information est primordiale. « Des aides financières pour un montant maximum de 500 000 francs par an » ne sont par conséquent pas suffisantes au vu de l'ampleur des mesures à prendre et de l'étendue des minorités concernées. Couvrir le besoin en informations et en support technique et architectonique des minorités avec un budget aussi bas, n'est tout simplement pas possible.

Nous demandons une augmentation conséquente des fonds alloués à la question. Ces fonds supplémentaires devront bien entendu avoir les mêmes critères de décisions pour être octroyés.

Article 6, al. 2

Nous jugeons en principe correct l'al. 2 de l'art. 6 du projet, mais selon le rapport explicatif (p. 9) "les aides financières ne sont octroyées que si une évaluation interne ou externe de la réalisation et de l'impact de la mesure est prévue, avec indication d'objectifs intermédiaires et finaux vérifiables".

L'ordonnance ne mentionne pas clairement, si une évaluation interne ou externe de la réalisation et de l'impact de la mesure doit être réalisée par l'organisation elle-même ou par l'autorité publique. Un financement d'une évaluation interne ou externe et de la réalisation pour des petites ONG comme p.ex. nous, les associations LGBTI, n'est pas réaliste en raison de ressources financières et personnelles très limitées. C'est pourquoi nous proposons : art. 6, al. 3 (nouveau) : Le financement de la mesure selon l'al. 2 est financé par l'autorité publique si l'organisation n'est pas en mesure de le faire pour des raisons financières et personnelles.

Article 7, conditions des aides financières

Les minorités ayant des besoins de protection particuliers ne réussissent aujourd'hui pas à financer leurs besoins. Cette ordonnance de la Confédération est donc nécessaire. Toutefois, en mettant une limite au financement de 50% des coûts (art.7 al.1), les groupes les plus vulnérables qui n'ont pas forcément les moyens de financer la moitié des coûts en sécurité dont ils ont besoin, seront encore davantage marginalisés et attaquables. Nous nous rendons

compte que cette limite de prise en charge de la moitié des coûts, s'applique à la plupart des aides accordées par la Confédération, mais le fait que ce soit des minorités ne leur donne, dans certains cas, pas accès à d'autres fonds que ceux de la Confédération, ce qui signifie qu'elles ne pourront pas mettre en place les mesures de sécurités prévues pour leur protection. **Nous demandons que cette limite d'une couverture de maximum 50% des coûts soit revue de manière à garantir l'accès à ce fonds pour toutes les minorités concernées.**

C'est pourquoi nous proposons :

art. 7, al. 3 (nouveaux) : Les aides financières de la Confédération couvrent 100 % des coûts imputables de chaque mesure, si l'organisation dispose de ressources financières et personnelles insuffisantes et si la prise en compte des coûts rend la mesure pratiquement impossible pour l'organisation.

Article 11, examen des demandes et décisions

Le fait que le Service de renseignement de la Confédération (SRC) soit seul à apprécier le besoin de protection (art. 3 al.3) n'est, selon nous, pas une situation idéale pour toutes les minorités prises en compte par cette ordonnance. L'appréciation du SCR s'oriente, en effet, conformément à ses attributions, seulement autour de la perspective du délinquant, ou ici de l'extrémisme violent. Ainsi, même si le SRC n'était pas seul appréciateur du besoin de protection, **nous demandons qu'il soit possible dans l'art. 3 de faire recours à une instance externe** qui prenne en compte la perspective de la « victime ». Selon la minorité en question, d'autres institutions (bureau fédéral de l'égalité, commission fédérale contre le racisme, commissions extraparlimentaires, établissements d'enseignement, etc.) doivent pouvoir être mandatées, pour que, selon le besoin, un jugement impartial puisse être donné.

Conclusion

En l'état, cette ordonnance ne nous satisfait pas. L'orientation sexuelle tout comme l'identité de genre, l'expression de genre ou les caractéristiques sexuelles auraient dû être prises en compte dans l'élaboration de cette ordonnance et pas être ajoutées après son élaboration qui ciblait clairement les besoins des minorités religieuses. Des experts en matière de sécurité de toutes les minorités doivent être consultés pour que cette ordonnance corresponde aussi aux besoins de chacune d'entre elles. Dans la continuité de la critique de l'article 11, il est essentiel pour nous que les organismes compétents en la matière puissent apprécier le besoin de protection des minorités que nous représentons.

Nous demandons que cette ordonnance soit revue avec une intégration dès le début de l'orientation sexuelle tout comme de l'identité de genre, de l'expression de genre et des caractéristiques sexuelles.

Finalement, il est essentiel pour nous que les cantons et les communes complètent la contribution du gouvernement fédéral, en contribuant ainsi à la protection des minorités vulnérables.

En vous remerciant de nous avoir donné cette occasion de nous exprimer, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

TGNS, LOS, Pink Cross & InterAction



Per Mail an
jonas.amstutz@bj.admin.ch
11. März 2019

Vernehmlassungsantwort

Vernehmlassung über die „Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen“ (VSMS)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, uns zur Vernehmlassung über die Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen“ (VSMS) zu äussern.

Die Radgenossenschaft der Landstrasse ist die 1975 gegründete und vom Bund unterstützte Interessenvertretung der Schweizer Jenischen und Sinti. Wir setzen uns für die Interessen der Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma ein, sowohl der fahrenden Anteile wie der Gesamtheit dieser Volksgruppen. Die Schweizer Jenischen und Sinti sind seit 2016 eine von der Eidgenossenschaft anerkannte Minderheit.

Allgemein verweisen wir darauf, dass die Bundesverwaltung gehalten ist, die Eigenbezeichnung der Minderheiten zu respektieren und zu benutzen. Seit 2016 gilt dies namentlich für die Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma. Die richtige Benennung ist bereits ein Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit dieser Minderheiten gegenüber pauschalisierenden Verunglimpfungen. Auch der pauschalisierende Begriff „Fahrende“ ist generell zu ersetzen durch die konkrete Selbstbezeichnung der Minderheiten. Dies gilt für die VSMS und die damit verbundenen Kommunikationskanäle des Bundesamtes für Justiz, inklusive Medienmitteilungen.



Artikel 3, „Minderheiten“

Wir stellen eine wachsende Diskriminierung gegenüber Jenischen, Sinti und Roma fest. Dies einerseits auf der Ebene der institutionellen Politik, wo namentlich kommunale Behörden in einer Art präventiver Erfüllung vermeintlicher Volksstimmungen gegen fahrende Gruppen von Jenischen, Sinti oder Roma Stimmung machen oder ihnen gerechtfertigte Ansprüche auf Lebensraum vorenthalten – die Geschehnisse in der Gemeinde Wileroltigen 2018 sind bekannt. Andererseits stellen wir in den sogenannten sozialen Medien in wachsendem Mass Hassreden („Hate Speech“) gegenüber diesen Minderheiten fest. Wir begrüssen ausdrücklich, dass Jenische, Sinti und Roma angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung den Anspruch als Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen für sich geltend machen können.

Artikel 4 „Massnahmen“

Der Zweck der Massnahmen lässt sich durchwegs auch auf die Bedürfnisse der Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz anwenden. Neben allfälligen baulichen Schutzmassnahmen in Bezug auf Halteplätze sind es vor allem Präventions-, Bildungs- und Sensibilisierungsmassnahmen, welche diese Minderheiten vor Übergriffen schützen.

Die Massnahmen sind aus unserer Sicht zu ergänzen durch die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung bei der Einholung von Sachgutachten und bei der allfälligen Prozessführung gegen rassistisch motivierte Angriffe im öffentlichen Raum, seien es Angriffe mittels Inseraten Plakaten, Artikeln, seien es Hetzreden in den sogenannten sozialen Medien. Es zeigt sich, dass Anzeigen und Verurteilungen wegen Verstosses gegen die Antirassismus-Strafnormen tatsächlich Eindruck machen und zur Erhöhung der Sicherheit der Minderheiten beitragen. Umgekehrt sind solche Prozesse für Minderheitsvertretungen schwierig zu finanzieren, weshalb hier Beitragsgesuche möglich sein sollen.

Artikel 5 „Finanzhilfen“

Gestützt auf die vorliegende Verordnung will der Bund jährlich Finanzhilfen leisten. Erwartet wird von Seiten des Bundes, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen. Es ist wichtig das der Bund die Kantone bezüglich ihrer Verantwortung gegenüber gefährdeten Minderheiten sensibilisiert und dass auf kantonaler Ebene die nötigen Finanzierungsgefässe definiert und geschaffen werden.

RAD GENOSSENSCHAFT DER LANDSTRASSE



Artikel 11, Prüfung der Gesuche und Entscheide

Das fedpol nimmt die inhaltliche Prüfung vor und holt beim NDB eine Beurteilung ein. Es ist wichtig, sowohl das fedpol wie auch den NDB vor Inkrafttreten der Verordnung über die besondere Situation und die Bedürfnisse der Jenischen, Sinti und Roma zu sensibilisieren. Sowohl das fedpol wie auch der NDB sollen vor Inkrafttreten der Verordnung sich bei den Minderheitsvertretungen über die spezifische Situation der Jenischen, Sinti und Roma informieren, um struktureller Diskriminierung bei der Behandlung der Gesuche entgegenzuwirken.

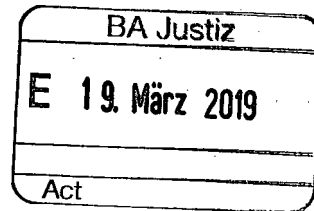
Freundliche Grüsse
Radgenossenschaft der Landstrasse

Daniel Huber
Präsident

Willi Wottreng
Geschäftsführer

Dr. Timo Rager
Alte Landstr. 2
5027 Herznach

Herrn
Prof. Dr. Martin Dumermuth
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 BERN



Herznach, den 17.3.2019

Verordnung über den Schutz besonders gefährdeter Minderheiten

Sehr geehrter Herr Prof. Dumermuth,

haben Sie besten Dank für Ihr ausführliches Antwortschreiben vom 5. März. Ich sehe dadurch meine Bedenken gegenüber der vorgesehenen Verordnung allerdings vollumfänglich bestätigt.

Wenn Sie darauf verweisen, dass weltweit moderate Muslime durch Terrorangriffe radikalerer Glaubensgenossen bedroht sind, sagt das zum einen wenig über die konkrete Situation in der Schweiz aus. Zum anderen muss die pauschale Nennung von Muslimen als "gefährdete Minderheit" im Erläuterungstext zu der Vorlage als stark verkürzt und letztlich irreführend bezeichnet werden. Muslime treten derzeit weltweit nicht nur gegenüber Angehörigen ihrer eigenen Religion vor allem als Täter in Erscheinung. Wenn die weltweite Situation zum Massstab genommen werden soll, wären zudem die Christen an erster Stelle als gefährdete Minderheit zu nennen. Dass gleichwohl pauschal muslimische Gemeinschaften in die kurze Liste der besonders Schutzbedürftigen aufgenommen wurden, erweckt den Eindruck, dass bereits bei der Lancierung der Verordnung politische Überlegungen bestimmend waren.

Ähnlich verhält es sich mit Ihrem Hinweis auf den Anschlag von Orlando im Jahre 2016, um zu begründen, warum durch ihre sexuelle Orientierung charakterisierte Minderheiten als besonders gefährdet einzustufen sind. Auch dieser Anschlag kann schwerlich als repräsentativ für die Schweiz gelten und belegt nicht einmal eine generelle weltweite Bedrohungslage. Tausende von Anschlägen wird es seither weltweit gegeben haben, die aus anderen als homophoben Motiven erfolgten. Laut Wikipedia sind homophobe Motive selbst für den Anschlag in Orlando nicht belegt. Der Täter war ein Moslem, bei dem offenbar Sympathien zum Islamischen Staat vermutet werden.

Homosexuelle und andere sexuelle Minderheiten waren in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr erfolgreich darin, ihren Opferstatus zu kultivieren und auf diese Weise nicht nur Gleichberechtigung sondern inzwischen auch Privilegien zu erstreiten. So drängt sich auch hier der Verdacht auf, dass politische und nicht sachliche Gründe für den Vorstoss ausschlaggebend waren.

Ich lehne die Verordnung weiterhin entschieden ab und dränge darauf, die Flut an Gesetzestexten nicht ständig auszuweiten. Schutz vor Gewalttaten sollen die Behörden ohne Ansehen der Person gewährleisten, und zwar vorrangig dadurch, dass sie auf der Täterseite frühzeitig und entschieden einschreiten. Dies kann in der bewährten Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen erfolgen.

Gerne nehme ich Ihren Vorschlag an, diesen Briefwechsel als Stellungnahme in die Vernehmlassung aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Timo Rager' in a cursive script.

Timo Rager

Amstutz Jonas BJ

Von: Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch>
Gesendet: Montag, 25. März 2019 16:24
An: Amstutz Jonas BJ
Betreff: Entwurf einer Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 31.01.2019 wurden wir zur Stellungnahme zum obengenannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Da die Vorlage nicht unter die durch den Schweizerischen Arbeitgeberverband behandelten Themen fällt, resp. die Arbeitgeber nicht direkt betrifft, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



<https://www.arbeitgeber.ch/kennzahlen-arbeitsmarkt/>

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per Mail an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bern, 7. Mai 2019/MH
Register N : 315.2

**Antwort des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK auf die Vernehmlassung
„Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit
besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)“**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) danken wir Ihnen. Bereits im Jahr 2015 haben wir die Stellungnahme veröffentlicht „Mehr Sicherheit für die jüdischen Gemeinden in der Schweiz – ein Aufruf in Sorge und Solidarität“. Mit der vorliegenden Verordnung, welche allen Minderheiten mit erhöhtem Schutzbedürfnis in der Schweiz zugute kommt, wird der in unserer Stellungnahme formulierten Erwartung an den Bundesrat entsprochen, direkt Verantwortung für den Schutz jüdischer Gemeinden in der Schweiz zu übernehmen. Wir begrüssen die Verordnung in der vorliegenden Form und betrachten sie als zweckmässig und zielführend.

Im Sinne eines Kommentars zu Art. 4 (Massnahmen) möchten wir bemerken, dass wir neben der Finanzierung baulicher Schutzeinrichtungen auch den präventiven Ansatz als sehr wichtig erachten. Die Bundesgelder sollten in der Tat auch für Sensibilisierungsprogramme eingesetzt werden, die auf Begegnung und Austausch mit Minderheiten setzen und somit ein positives Bewusstsein für den Glauben, die Kultur oder die Geschichte dieser Gruppierungen schaffen. Damit würden auch für die Gewaltprävention Mittel zur Verfügung stehen.

Für Rückfragen steht Ihnen der Beauftragte für Religionsgemeinschaften, Herr Dr. Martin Hirzel (martin.hirzel@sek.ch) gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Dr. Hella Hoppe
Geschäftsleiterin



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

Per Mail: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bern, 30. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Allgemeine Einschätzung

Die Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) ist aus Sicht des Städteverbandes ausdrücklich zu begrüßen. Sie soll zur Verbesserung der Sicherheit betroffener Minderheiten beitragen, was im präventiven Interesse der Gesellschaft liegt. Namentlich in urbanen Zentren sind Minderheiten, die in den Geltungsbereich der Verordnung fallen, besonders oft vertreten.

In der Vergangenheit machten insbesondere Vertreterinnen und Vertreter jüdischer Institutionen gegenüber einzelnen Mitgliedstädten des Städteverbandes geltend, dass sie ihre aufgrund der erhöhten Bedrohungslage verstärkten Schutzmassnahmen nicht mehr selbst tragen und finanzieren können. Auch einzelne Vertreter muslimischer Einrichtungen haben um punktuelle und anlassbezogene Polizeipräsenz vor Moscheen gebeten. Aus Sicht der Städte ist also durchaus Handlungsbedarf gegeben.

Die Frage, wie ein angemessener Schutz gefährdeter Minderheiten gewährleistet werden kann, ist jedoch verknüpft mit der komplexen Frage, welche staatliche Ebene für dieses Thema überhaupt zuständig ist. Die bisherigen Diskussionen im Rahmen parlamentarischer Vorstösse und Rechtsgutachten vermochte keine abschliessende Klärung zu bringen. Der Bund hat mit der vorliegenden Verord-



nung eine pragmatische Antwort auf die konkrete Problemstellung gefunden, ohne die Kompetenzordnung im Bereich der inneren Sicherheit übermässig zu strapazieren. Das ist aus Sicht des Städteverbandes zu begrüßen.

Die vorliegende Verordnung erlaubt eine gezielte Unterstützung betroffener Minderheiten bzw. Organisationen, ohne die staatlichen Sicherheitsmassnahmen auf lokaler Ebene zu ersetzen. Solche wurden in verschiedenen Schweizer Städten bereits in unterschiedlicher Art und Weise getroffen. Städtische Polizeikorps haben spezifische Sicherheitsdispositive erarbeitet und verstärken gezielt ihre Präsenz, insbesondere an jüdischen Feiertagen, punktuell aber auch auf Anregung von muslimischen und weiteren religiösen Gemeinschaften. Die Städte pflegen zudem einen engen Austausch mit lokalen Vertretungen von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen und haben dazu institutionalisierte Kanäle und teilweise spezifische Kontaktstellen eingerichtet, beispielsweise die polizeiliche Fachstelle Brückenbauer in Winterthur. Zu erwähnen ist auch das Projekt «Jüdische Sicherheit Basel», in dessen Rahmen der Kanton Basel-Stadt Massnahmen ergriffen hat, um die Sicherheitskosten der jüdischen Organisationen zu senken.

Die vorgesehene Finanzhilfe des Bundes soll den unterstützten Minderheiten helfen, diejenigen Sicherheitsmassnahmen, die sie selber verantworten, besser tragen zu können. Das staatliche Gewaltmonopol wird damit nicht verwässert, wie dies etwa bei der im zweiten Gutachten Notter für den Kanton Zürich vorgeschlagenen Lösung einer (staatlichen) Beauftragung Dritter für Bewachungsaufgaben beanstandet hätte werden können.

Konkrete Anliegen

Unterstützte Massnahmen

Der Städteverband unterstützt die in Artikel 4 des Verordnungsentwurf vorgesehenen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten.

Die gemäss Bst. b vorgesehenen Finanzierungshilfen für die Ausbildung in den Bereichen Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr sind aus Sicht des Städteverbandes jedoch nochmals zu überprüfen. Es gilt zu verhindern, dass neben den lokalen Sicherheitsbehörden und privaten Sicherheitsdiensten eine weitere Kategorie von intervenierenden «Sicherheitspersonen» geschaffen wird. Der blosse Abschluss von der Ausbildung an der Waffe genügt unserer Einschätzung nach hierzu nicht.

Zudem regen wir an, die Aufzählung um folgende zwei Elemente zu ergänzen:

- Schulung zur Früherkennung von Radikalisierungstendenzen
- Einführung eines schweizweiten Meldesystems von Übergriffen auf Minderheiten

Die in Artikel 4 erwähnten Massnahmen liegen mehrheitlich im Sicherheitsbereich. In Ergänzung dazu sollte dem interdisziplinären Aspekt der Massnahmen Rechnung getragen werden, insbesondere im Präventionsbereich. Die Stadt Winterthur hat besondere Erfahrungen bei der Schulung im Bereich Früherkennung von Radikalisierungstendenzen bzw. im Bereich Ausbildung und Schulung von Vorständen der Minderheitsgruppierungen sammeln können. Mit einem sich jährlich wiederholenden



Fachseminar in Zusammenarbeit mit dem IPBm Darmstadt (Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement Darmstadt) hat die Stadt Winterthur eine Plattform geschaffen, über die sich auch Vorstandsmitglieder von verschiedenen Religionsgruppen bezüglich Risikoeinschätzung, Radikalisierungsformen und Fallmanagement bei konkreten Verdachtsmomenten ausbilden und mit den relevanten Fachpersonen vernetzen können. Die Plattform vermittelt fachliche Grundlagen und fördert die Vernetzung mit lokalen Fachstellen. Sie könnte auch in anderen Städten und Gemeinden adaptiert werden.

Ein schweizweites Monitoring von Diskriminierungsvorfällen und Übergriffen auf Minderheiten würde eine objektive Übersicht zur aktuellen Lage ermöglichen, auf deren Grundlage zielgerichtete und koordinierte Massnahmen zum Schutz von Minderheiten ergriffen werden könnten. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR hat mit der Datenbank DoSyRa (Dokumentationssystem Rassismuvorfälle) ein Instrument initiiert, das sich bewährt hat. Aus Sicht des Städteverbandes wäre daher die Einführung eines schweizweiten Meldesystems analog DoSyRa zu prüfen.

Kostendach der Finanzhilfen

Gemäss Artikel 4 Bst. a sind Finanzhilfen auch zulässig für Schutzmassnahmen baulicher und technischer Art zur Verhinderung von Straftaten.

Im Wissen um die hohen Kosten baulicher und weiterer Sicherheitsmassnahmen ist für den Städteverband hingegen fraglich, ob die mit der Verordnung verfolgten Ziele mit jährlichen Finanzhilfen in der Grössenordnung von maximal 500'000 Franken erreicht werden können.

Einbezug der lokalen Behörden

Die Begriffsdefinition der Verordnung erfasst religiöse Gruppierungen wie beispielsweise jüdische und muslimische Gemeinschaften. Erfasst werden zudem Minderheitsgruppierungen wie LGBTI, deren Gemeinsamkeit die sexuelle Orientierung ist. Und in den Geltungsbereich fallen auch Gruppierungen wie Jenische, Sinti und Roma.

Eine entscheidende Funktion kommt dem Kriterium des besonderen Schutzbedürfnisses zu. Dieses ist Element der Begriffsdefinition (Art. 3 Abs. 2 VSMS) und auch im Prozess der Prüfung von Finanzhilfegesuchen ausdrücklich zu berücksichtigen (Art. 11 Abs. 2 VSMS). Der Nachrichtendienst des Bundes NDB gibt für das Kriterium des besonderen Schutzbedürfnisses zuhanden des Bundesamtes für Polizei fedpol eine Beurteilung ab. Nach Art. 11 Abs. 2 VSMS konsultiert der NDB seinerseits die zuständigen kantonalen und kommunalen Sicherheitsbehörden. Der Entscheid liegt bei fedpol.

Die eingangs erwähnten bisherigen Massnahmen der Städte zum Schutz von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen umfassen auch Aspekte, die durch die nach Art. 4 VSMS neu vom Bund finanzierbaren Massnahmen tangiert werden können. Es gilt daher sicherzustellen, dass Massnahmen nicht verdoppelt oder parallel ergriffen werden. Vielmehr sollen bestehende und neue Massnahmen ineinandergreifen, um optimal zu wirken. Die koordinative Rolle der Bundesbehörden im Prüf- und Entscheidungsprozess über die eingehenden Gesuche ist daher von entscheidender Bedeutung. Diesem Anspruch wird der hierfür zentrale Art. 11 Abs. 2 VSMS in der aktuell vorliegenden Fassung aus unserer Sicht nicht vollumfänglich gerecht. Die inhaltliche Prüfung der eingehenden Gesuche um Finanzhilfe erfolgt ausschliesslich durch fedpol – ohne Konsultation kantonalen oder kommunalen Sicherheitsbehörden. Letztere sollen einzig bei der Beurteilung zum besonderen Schutzbedürfnis seitens NDB miteinbezogen werden. Hier stellt sich im Übrigen die Frage, inwieweit die rechtliche Grundlage



im Rahmen des Nachrichtendienstgesetzes für eine direkte Zusammenarbeit des NDB mit kommunalen Sicherheitsbehörden gegeben ist.

Wir beantragen vor diesem Hintergrund, dass die kantonalen oder kommunalen Sicherheitsbehörden im Falle von gegebener territorialer Zuständigkeit möglichst direkt in die Prüfung der Gesuche, etwa in Form einer Stellungnahme, involviert werden. Die Entscheidungskompetenz von fedpol wird dabei nicht infrage gestellt. Die Konsultation der lokalen Behörden bei der inhaltlichen Prüfung der Gesuche soll als Prozessbestandteil in Art. 11 VSMS verankert werden.

Erwartete Leistungen der Kantone und allenfalls Städte

Mit den Finanzhilfen des Bundes in der vorgesehenen Grössenordnung von maximal 500'000 Franken jährlich verbunden ist die Erwartung, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen. Die Bundesmittel sind allerdings gemäss erläuterndem Bericht nicht von kantonalen Beiträgen abhängig. Für den Städteverband ist unbestritten, dass beim Schutz der Minderheiten nicht nur der Bund, sondern auch die Kantone und im Rahmen ihrer Kompetenzen auch Städte in der Verantwortung stehen. Dieser Verantwortung kommen die Städte, wie einleitend erwähnt, bereits in verschiedener Weise nach. Mit Blick auf die künftig erwarteten ergänzenden Leistungen von Seiten der Kantone und möglicherweise auch der Städte dürften weitere Fragen zu klären sein, namentlich zum Ineinandergreifen der Prozesse der Gesuchstellung (unter Berücksichtigung der Budgetprozesse), zu möglichst kohärenten Beurteilungskriterien und zur Aufteilung der Beiträge pro Kanton. Hier ist die koordinierende Rolle des Bundes und/oder des Sicherheitsverbunds Schweiz gefragt.

Kantonale Unterstützungen können komplementär zu den Leistungen des Bundes sein und müssen auch nicht im selben Bereich erfolgen (Erläuternder Bericht, S. 8). Aus Sicht des Städteverbandes ist dies so zu verstehen, dass Leistungen der Städte auch in anderer Form als im Rahmen von Finanzhilfen berücksichtigt werden können, so beispielsweise in Form von verstärktem Polizeischutz oder von baulichen Schutzmassnahmen auf öffentlichem Grund.

Anträge

Wir beantragen folgende Anpassungen am Verordnungsentwurf:

► **Artikel 4 VSMS ist durch die folgenden zwei Massnahmen zu ergänzen:**

- e. Schulung zur Früherkennung von Radikalisierungstendenzen
- d. Einführung eines schweizweiten Meldesystems von Übergriffen auf Minderheiten

► **Artikel 11, Abs. 2 VSMS ist wie folgt anzupassen:**

Es prüft die Gesuche inhaltlich, konsultiert die zuständigen kantonalen und kommunalen Sicherheitsbehörden und holt beim NDB eine Beurteilung zum besonderen Schutzbedürfnis ein. ~~Der NDB konsultiert die zuständigen kantonalen und kommunalen Sicherheitsbehörden.~~

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Stv. Direktor

Martin Tschirren

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bern, 29. März 2019

Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund begrüsst diese neue, auf Artikel 386 des Strafgesetzbuches basierende Verordnung grundsätzlich sehr. Im Folgenden nehmen wir punktuell zu drei uns wichtigen Anliegen Stellung.

Minderheitenbegriff

Die Definition eines breiten Minderheitenbegriffs in der Verordnung ist richtig. Das im Erläuternden Bericht erwähnte, von der Schweiz im Jahr 1995 unterzeichnete "Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten" beschreibt die Identität von Minderheiten lediglich über ihre Religion, ihre Sprache, ihre Traditionen und ihr kulturelles Erbe, was heute wie damals unzureichend ist. In Artikel 3 Abs. 1 b. ist nun als mögliches Minderheitenmerkmal bzw. -kriterium explizit die sexuelle Orientierung aufgeführt, was wir sehr unterstützen. **Wir fordern aber, dass als weitere Kriterien unbedingt auch die Geschlechtsidentität, der Geschlechtsausdruck sowie die Geschlechtsmerkmale aufgenommen werden** und verweisen in diesem Zusammenhang auf die ausführliche Vernehmlassungsantwort des Transgender Network Switzerland (TGNS) zur Parlamentarischen Initiative 13.407 Reynard "Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung". Letztere macht hinreichend deutlich, wieso die im Erläuternden Bericht erneut gemachte Feststellung, dass "Minderheitsgruppierungen wie LGBTI" durch die Gemeinsamkeit der sexuellen Orientierung erfasst werden, falsch ist.

In Artikel 3 Abs. 1 c. wird darüber hinaus festgelegt, dass Minderheiten, die in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen "eine gefestigte Bindung zur Schweiz und ihren Werten" haben müssen. Während Ersteres durch die im Erläuternden Bericht gemachte Erklärung, dass die Minderheiten im gesellschaftlichen Leben der Schweiz wahrnehmbar sein sollen, einigermaßen verständlich wird, trifft dies auf die "Bindung zu den Schweizer Werten" nicht mehr zu. Im Gegenteil: Wir finden es falsch, einen nicht definierten, bzw. im gesellschaftlichen Konsens gar nicht vorhandenen nationalen Wertebegriff (abermals) auf die Stufe der Rechtsordnung zu heben. Die zur Erklärung herangezogene, bereits in der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen

und Ausländern gemachte Umschreibung des Wertebegriffs als die "Vertrautheit mit dem gesellschaftlichen und rechtlichen Wertesystem" finden wir zudem einerseits problematisch und andererseits widersprüchlich. Problematisch deshalb, weil die Anliegen von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen – in der Logik dieser Definition – eben noch nicht immer und überall Teil des mehrheitlichen gesellschaftlichen Wertesystems sind. Und widersprüchlich deshalb, weil ein im Recht definierter Wertebegriffs konsequenterweise nicht über die Vertrautheit mit eben diesem Recht (bzw. "rechtlichen Wertesystem") erklärt werden kann.

Beitragsrahmen

Materieller Gegenstand der Verordnung ist primär die Regelung der Vergabe von Finanzhilfen zur Durchführung von Massnahmen, um die definierten Minderheiten vor Gewalt zu schützen. Der SGB begrüsst die Finanzierung solcher Massnahmen ausdrücklich. Aufgrund des – zum Glück – breiten Minderheiten- und Massnahmenbegriffs finden wir es aber ernüchternd, im Erläuternden Bericht von einer finanziellen Grössenordnung "von maximal 500'000 Franken" lesen zu müssen. Diese Summe ist nun wirklich zu tief angesetzt, und das umso mehr vor dem Hintergrund, dass der Bund neu als "weitere Massnahmen" auch finanzielle Beiträge für Schutzmassnahmen baulicher und technischer Art ausrichten kann. **Wir fordern eine substanzielle Erhöhung – impliziter oder expliziter Art – dieses Beitragsdachs**, natürlich unter Beibehaltung der klaren Bedingungen und Kriterien unterstützungswürdiger Organisationen bzw. Massnahmen.

Beurteilung des Schutzbedürfnisses

Die durch die Verordnung (Art. 3 Abs. 3) vorgesehene Beurteilung der besonderen Schutzbedürfnisse einzig und allein durch den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) stimmt uns nachdenklich. Selbst wenn die Beurteilung durch den NDB nicht die einzige Grundlage für den jeweiligen Gesuchentscheid des Bundesamtes für Polizei ist, stellt sie dafür dennoch ein wesentliches Präjudiz dar. Die Beurteilung des NDB geht – gemäss gesetzlicher Kompetenz zu Recht – alleine von der Täter- bzw. gewaltextremistischen Seite aus. Dies ist aber für eine ausgewogene Gesamtsicht der Schutzbedürftigkeit einer Minderheit völlig unzureichend. **Wir fordern daher einen weiteren Absatz in Artikel 3, der das Vorliegen einer externen Beurteilung aus der im Erläuternden Bericht beschriebenen "Opferperspektive" voraussetzt.** Je nach Art der Minderheit sollen damit andere Institutionen (Ämter, ausserparlamentarische Kommissionen, Bildungsinstitutionen etc.) beauftragt werden können.

Wir danken herzlich für die Zusammenarbeit und hoffen auf die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Vania Alleva
Vizepräsidentin



Giorgio Tuti
Vizepräsident



Reto Wyss
Zentralsekretär

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
CH-3003 Bern

Zürich, den 5. Februar 2019

Vernehmlassung über die «Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)»

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vernehmlassung über die «Verordnung über zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)» äussern zu können.

Als Dachverbände der jüdischen Gemeinden der Schweiz vertreten wir die Interessen von 18'000 Schweizer Jüdinnen und Juden. Zu unseren wichtigsten Aufgaben gehören die Prävention von Antisemitismus und Rassismus sowie die Wahrung der Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft und derer Institutionen. Hier sind wir als Dachorganisationen immer stärker gefordert: Die jüdische Gemeinschaft geriet in den vergangenen Jahrzehnten weltweit regelmässig in den Fokus terroristischer Gruppierungen. In den letzten Jahren hat sich die Situation kontinuierlich zuge-spitzt. Jüdische Personen und Einrichtungen wurden vermehrt und stets mit verheerenden Folgen von Terroristen angegriffen, beispielsweise in Frankreich, Dänemark und Belgien. Auch wenn die jüdische Gemeinschaft der Schweiz bisher von terroristischen Attacken verschont geblieben ist, wurden Juden auch in unserem Land körperlich angegriffen. Die erhöhte Gefährdung der Schweizer Juden ist unbestritten, fasst der Bericht des Eidgenössischen Departements des Innern vom 10. Oktober 2017 über die Massnahmen des Bundes gegen Antisemitismus in der Schweiz zusammen und beruft sich dabei auf den Lagebericht des Nachrichtendienstes.

Aufgrund der dort beschriebenen erhöhten Gefährdung ist die jüdische Gemeinschaft der Schweiz seit Jahren gezwungen, zum Schutz ihrer Mitglieder massive eigene Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Seit Jahren bringt die jüdische Gemeinschaft gegen 6-7 Millionen Franken jährlich auf, was die Grenzen des Belastbaren seit Langem übersteigt. Dass die jüdische Gemeinschaft diese Sicherheitskosten bislang weitgehend selber tragen muss, wird nicht nur wegen der enormen finanziellen Belastung kritisiert. Diese Eigenfinanzierung ist vor allem auch rechtsstaatlich nicht vertretbar, denn der Schutz der Bevölkerung vor Terroranschlägen und gewalttätigem Extremismus ist eine staatliche Kernaufgabe.

Vor diesem Hintergrund hat die VSMS für die jüdische Gemeinschaft der Schweiz eine ganz besondere Bedeutung. Gerne nehmen wir im Folgenden zu einzelnen wichtigen Punkten Stellung.

Rechtliche Grundlage, Art. 386 StGB

Die VSMS basiert auf einer rechtlich überzeugenden Lösung. Die Verordnung stützt sich auf Artikel 386 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB). Damit wird im bestehenden gesetzlichen Rahmen eine rechtliche Grundlage auf Verordnungsebene geschaffen für die Unterstützung von Präventionsmassnahmen und damit auch für Unterstützungsmassnahmen durch den Bund.

Als Dachverbände der jüdischen Gemeinschaften begrüssen wir, dass damit eine für uns sehr schwierige Situation in einem ersten Schritt verbessert werden kann.

Berechtigte, Art. 3 VSMS

Mit der vorgeschlagenen Beschreibung der Berechtigten, insbesondere mit der Betonung der «erhöhten Schutzbedürftigkeit» soll erreicht werden, dass die beschränkten Finanzmittel zielgerichtet eingesetzt werden. Die mögliche Bedrohung durch Angriffe im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus muss über die allgemeine, die übrige Bevölkerung treffende Bedrohung hinausgehen. Zudem wird präzisiert, dass die berechtigten Minderheiten einen engen Bezug zur Schweiz und ihren Werten haben müssen.

Als Dachverbände der jüdischen Gemeinschaft begrüssen wir, dass mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen, sorgsam umgegangen wird. Es ist wichtig, dass gefährdete Minderheiten profitieren, aber gleichzeitig nur diejenigen unterstützt werden, die aufgrund der Bedrohungslage tatsächlich ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis haben. Auf diese Weise soll zu Recht verhindert werden, dass nach dem Giesskannenprinzip Mittel ausgeschüttet werden, auch wenn die zentrale Bedingung der erhöhten Bedrohungslage nicht erfüllt ist.

Zweck der Massnahmen, Art. 4 VSMS

Durch die enge Beschreibung der Massnahmen wird dafür gesorgt, dass die Finanzmittel im Sinne von Präventionsmassnahmen eingesetzt werden. Bauliche Massnahmen zur Abhaltung von Personen, die Straftaten begehen wollen, fallen explizit unter die Verordnung. Gemeint sind damit etwa die Eingangssicherungen, wie sie heute bei vielen Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft notwendig sind. Auch technische Massnahmen werden von der Verordnung abgedeckt.

Damit wird auch der in Art. 6 zu Recht erwähnten Bedingung der Dauerhaftigkeit und der Breitenwirkung Rechnung getragen.

Für uns als Dachverbände der jüdischen Gemeinschaften ist Art. 4 Abs. a, der dem Bund die Möglichkeit gibt, den Schutz baulicher und technischer Art zur Verhinderung von Straftaten finanziell zu unterstützen, zentral. Damit kann die Verordnung für die Bedürfnisse der jüdischen Gemeinschaft von effektivem Nutzen sein.

Finanzhilfen, Art. 5 VSMS

Gestützt auf die vorliegende Verordnung will der Bund jährlich Finanzhilfen leisten. Erwartet wird von Seiten des Bundes, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen.

Für die Dachverbände der jüdischen Gemeinschaften ist die Schaffung einer Finanzhilfe des Bundes ein wichtiges Signal. Der Bund zeigt damit, dass er sich seiner Verantwortung gegenüber Minderheiten bewusst ist und sich an deren Schutz finanziell beteiligen will. Zu einer massgeblichen Entlastung der jüdischen Gemeinschaft kann es aber erst kommen, wenn der Betrag des Bundes durch Mittel der Kantone ergänzt wird. Das ist umso mehr der Fall, solange die gesetzliche Regelung, die der Bund in einem weiteren Schritt anstrebt, noch nicht in Kraft ist.

Zusammenfassung

Der SIG und die PLJS begrüssen die «Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)». In der vorliegenden Form erachten wir die Verordnung als zweckmässig und zielführend. Damit die Verordnung Wirkung entfalten kann, ist es für die jüdischen Dachverbände unerlässlich, dass am Text keine grundsätzlichen Änderungen mehr vorgenommen werden. Unsere Kommentare betreffen drei Artikel der Verordnung. Zu den weiteren Artikeln haben wir keine Kommentare.

Es ist für den SIG und die PLJS ausschlaggebend, dass die Kantone und Städte den vom Bund gesprochenen Beitrag ergänzen und so ihren Teil zum Schutz der gefährdeten Minderheiten beitragen.

Abschliessend ist zu bemerken, dass wir diese Verordnung als ersten wichtigen Schritt sehen auf dem Weg zur angekündigten, gesetzlichen Grundlage auf Bundesebene, die die Unterstützung aktiver und passiver Schutzmassnahmen von gefährdeten Minderheiten umfassend und abschliessend regeln und damit auch die Möglichkeiten für Finanzhilfen des Bundes erweitern soll.

Unser Dank gilt an dieser Stelle auch allen am Verordnungstext beteiligten Akteuren und Stellen.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Herbert Winter
Präsident SIG

Sabine Simkhovitch-Dreyfus
Vizepräsidentin SIG

Peter Jossi
Co-Präsident PLJS



Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende

Fondation Assurer l'avenir des gens du voyage suisses
Fondazione Un futuro per i nomadi svizzeri

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende,
Schwanengasse 9, 3011 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 24. April 2019

Vernehmlassungsantwort zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen VSMS

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende bedankt sich für Einladung zur Vernehmlassung und äussert sich wie folgt:

Grundsätzliche Position der Stiftung

Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende begrüsst die Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten VSMS, weil sie einen Beitrag zum Minderheitenschutz leistet. In der Verordnung findet sich eine relativ breite Definition von Minderheiten. Der Anwendungsbereich der Verordnung ist klar umrissen und damit deutlich eingeschränkt.

Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende sieht die Notwendigkeit, dass der Bund beim Minderheitenschutz insgesamt eine zentrale Rolle übernimmt. Er sollte deshalb über entsprechende finanzielle Mittel Verfügung und wo erforderlich, die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen. Die vorliegende Verordnung ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung.

Minderheiten, Art. 3 VSM

Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende unterstützt die Präzisierung im erläuternden Bericht zu der Verordnung, dass Jenische, Sinti und Roma mit und ohne fahrende Lebensweise zu denjenigen Minderheiten gehören, die in den Geltungsbereich der Verordnung fallen. Diese drei ethnischen Gruppen sind Minderheiten, die besonderen Schutz bedürfen.

Zentral wird die Auslegung von dem in Art. 3 Abs. 2 festgehaltenen «besonderen Schutzbedürfnis» sein. Bei der Beurteilung der Lage durch den Nachrichtendienst des Bundes ist auch mit den betroffenen Minderheiten das Gespräch zu suchen, um die Bedrohungslage einzuschätzen.

Massnahmen, Art. 4 VSM

Die Informationsmassnahmen sollen gemäss dem Erläuterungsbericht breite Bevölkerungskreise oder einzelne Gruppen ansprechen. Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende begrüsst diese Ausrichtung.

Wie die teilweise «aufgeheizte Stimmung» gegen die Schaffung neuer Halteplätze sowie diskriminierende und rassistische Vorfälle gegen Jenische, Sinti und Roma zeigen, sind Informationsmassnahmen zugunsten dieser Minderheiten grundsätzlich zu fördern.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Anmerkungen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Simon Röthlisberger

Geschäftsführer

Per e-mail: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Bern, 30. April 2019
PS/PD

Vernehmlassung VSMS

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie das rubrizierte Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der VFG – Freikirchen Schweiz ist ein nationaler Kirchenverband mit gegenwärtig 17 freikirchlichen Bewegungen aus der Deutschschweiz und dem Tessin, zu denen über 700 örtliche Kirchen mit ihren diakonischen Werken gehören. Nach Schätzungen machen die Evangelisch-Freikirchlichen 2,5-3,2% der Schweizer Bevölkerung aus.

Neben der Schweizer Bischofskonferenz und dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund versteht sich der VFG zusammen mit dem Réseau als dritte Kraft der christlichen Kirchen in der Schweiz und als Sprachrohr für die gemeinsamen Anliegen der Freikirchen. Das Nationale Forschungsprogramm "Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft" (NFP 58)¹ hat 2008 für ein normales Wochenende in der Schweiz 690'000 Personen ermittelt, die an einem religiösen Ritual teilnehmen. 189'070 Personen (27.4%) machen das in einem freikirchlichen Gottesdienst (gegenüber 99'352 Personen (14.4%) in ev. ref. Kirchen und 264'596 (38,4%) in katholischen Gemeinden.)

Der VFG debattiert sehr unterschiedliche Fragen. Wir begrenzen uns nicht nur auf kulturelle und religiöse Fragen. Für uns ist es von entscheidender Wichtigkeit,

dass wir im 21. Jahrhundert in unserer Gesellschaft zu einem gelingenden Miteinander finden. Dazu möchten wir beitragen.

Unser Verband begrüsst die geplante Änderung grundsätzlich.

Angesichts der beschränkten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sind wir der Auffassung, aktuell ein besonderes Schutzbedürfnis im Zusammenhang mit Terrorismus und gewalttätigem Extremismus nur bei religiösen Organisationen (Juden und Muslime) besteht.

Wir schlagen deshalb vor, die Verordnung stark zu vereinfachen und auf diese seit Jahren bestehende Bedrohungssituation auszurichten. Sollte später ein Bedürfnis nach einer Ausweitung bestehen, kann die Verordnung gegebenenfalls angepasst werden.

Die Gewährleistung der Sicherheit aller Bürger, auch denen, die Minderheiten angehören, ist eine prioritäre staatliche Aufgabe. Gewisse Religionseinrichtungen sind heute besonders bedroht. Deshalb sollten die Schutzmassnahmen prioritär dort einsetzen.

Freundliche Grüsse

VFG – Freikirchen Schweiz



Peter Schneeberger
Präsident

Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement
Bundesamt für Justiz

Bern, 23. April 2019/YB
VL Schutz Minderheiten

Per Mail an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

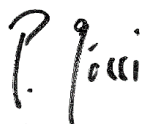
FDP.Die Liberalen stimmt der vorgeschlagenen Verordnung zu. Vor dem Hintergrund verschiedener Vorfälle gegen jüdische Einrichtungen in Europa in den letzten Jahren hat der Gesetzgeber – inkl. die FDP – Handlungsbedarf beim Schutz von Minderheiten geortet und einer entsprechenden Motion im Parlament zugestimmt. Wir erachten die Möglichkeit einer bundesseitigen finanziellen Beteiligung an den Sicherheitsmassnahmen der betroffenen Organisationen als gerechtfertigt. Dabei ist festzuhalten, dass der Bund im Rahmen der verfassungsmässigen Kompetenzordnung nur beschränkt aktiv werden kann, ohne in die angestammten Hoheiten der Kantone im Bereich der inneren Sicherheit einzugreifen. Aus staatspolitischen Überlegungen begrüssen wir deshalb, dass sich die vorgeschlagenen Massnahmen innerhalb der Kompetenzordnung bewegen.

Der Verordnungsentwurf listet unter Artikel 4 (Bst. a – d) die zulässigen Massnahmen, wobei zwischen konkreten Massnahmen im Sicherheitsbereich und weichen Massnahmen im Feld der Sensibilisierung und der Information zu unterscheiden ist. Wir verlangen eine klare Priorisierung zugunsten der konkreten Massnahmen, die baulicher oder technischer Natur sind (gemäss Art. 4 Bst. a). Das können Schutzmassnahmen wie Mauern und Eingangssicherungen oder Überwachungs- und Alarmsysteme sein. Diese „harten“ Massnahmen wirken gegen unmittelbare Gefahren und entfalten gleichzeitig eine präventive Wirkung. Sie sind gegenüber „weichen“ Massnahmen (gemäss Bst. c und d) klar zu bevorzugen, denn mit letzteren ist gegen terroristische und extremistische Gewalt kein Kraut gewachsen. Darüber hinaus sind die Kantone in der Pflicht, das Nötige zu unternehmen, um die Sicherheit von besonders gefährdeten Minderheiten zu garantieren.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi
Nationalrätin



Samuel Lanz



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Per E-Mail an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

2. Mai 2019

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen sind mit der Vorlage einverstanden und begrüssen, dass sich der Bund an den Sicherheitskosten für Minderheiten beteiligt, die besonders gefährdet sind, zum Ziel von Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus zu werden. Dabei ist aufgrund der aktuellen Bedrohungslage in erster Linie an die jüdischen und muslimischen Gemeinschaften zu denken. Der Schutz der Bevölkerung ist eine staatliche Kernaufgabe. Es darf nicht sein, dass besonders gefährdete Minderheiten ihre höheren Sicherheitskosten alleine tragen müssen.

Die Grünliberalen weisen aber darauf hin, dass der Schutz der Bevölkerung primär Sache der Kantone ist. Es ist staatspolitisch bedenklich, wenn der Bund einspringen muss, weil die Kantone ihre Aufgaben unzureichend erfüllen. Gleichzeitig ist klar, dass dieses Versäumnis nicht zulasten besonders gefährdeter Minderheiten gehen darf. Die Grünliberalen fordern den Bundesrat auf, die Kantone an ihre Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung zu erinnern und darauf zu drängen, dass sie ihren Teil beitragen. Die Erforderlichkeit der Unterstützung durch den Bund ist regelmässig zu überprüfen.

Gemäss dem Nachrichtendienst des Bundes sind insbesondere jüdische und muslimische Personen und Einrichtungen in der Schweiz einer erhöhten Bedrohung durch terroristische bzw. gewaltextremistische Aktionen ausgesetzt. Verschiedene Minderheiten, namentlich die jüdischen Gemeinschaften, haben daher Bund und Kantone ersucht, den polizeilichen Schutz zu verstärken und sich an den hohen Kosten zu beteiligen, die ihnen durch Sicherheitsmassnahmen beim Objekt- und Personenschutz entstehen.

Der Bundesrat schlägt nun vor, dass der Bund Massnahmen mitfinanzieren kann, die für die Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen notwendig sind. Vorgesehen sind dabei Finanzhilfen von maximal Fr. 500'000 pro Jahr. Damit sollen unter anderem bauliche und technische Sicherheitsmassnahmen unterstützt werden, aber auch die Ausbildung für Mitglieder dieser Minderheiten in den Bereichen Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr (ohne Ausbildung an Waffen). Die Finanzhilfen des Bundes dürfen dabei insgesamt höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten der jeweiligen Massnahme betragen.

Bei Bedarf können neben religiösen Gemeinschaften – wobei in erster Linie an die jüdischen und muslimischen Gemeinschaften zu denken ist – beispielsweise auch Fahrende sowie Gruppen von Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung einer Minderheit angehören, unterstützt werden. Zu Recht wird die Unterstützung aber an die Bedingung geknüpft, dass die betreffende Minderheit eine gefestigte Bindung zur Schweiz und ihren Werten hat und ein besonderes Schutzbedürfnis aufweist.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrat Beat Flach, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion



Per E-Mail

Bundesamt für Justiz BJ

Direktionsbereich Öffentliches Recht

Bundesrain 20

3003 Bern

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

1. Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt die vorgeschlagene Bundesratsverordnung vollumfänglich und vorbehaltlos. Die hier vorgeschlagene Vorlage geht zurück auf zwei Motionen der SP-Fraktionsmitglieder Daniel Jositsch¹ und Yvonne Feri², welche von der SP-Fraktion jeweils geschlossen unterstützt wurden.

Für die SP Schweiz ist ein verstärkter Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus ein zentrales Anliegen.³ Folglich unterstützen wir sinnvolle Bestrebungen, um die Sicherheit von Minderheiten in der Schweiz wirksam zu schützen. Die vorgesehene Verordnung ist für uns ein tauglicher Weg, solche Sicherheitsvorkehrungen zielgerichtet und wirksam von Bundesseite her zu

¹ Siehe Mo Jositsch 16.3945 Schutz religiöser Gemeinschaften vor terroristischer und extremistischer Gewalt.

² Vgl. Mo Feri 16.4062 Schutz von Minderheiten vor terroristischer und extremistischer Gewalt.

³ Siehe dazu Legislaturziele der SP-Fraktion 2019 bis 2023, Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren, Februar 2019, S. 52

unterstützen. Insbesondere begrüsst die SP Schweiz im vorliegenden Verordnungsentwurf, dass sämtliche in ihrer Sicherheit bedrohte Minderheiten finanzielle Unterstützung erlangen können (siehe Art. 3 Abs. 1 lit. b E-VSMS und Erläuternder Bericht, S. 6) sowie auch die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung durch Kantone und Gemeinden erwähnt wird (vgl. Art. 8 lit. b E-VSMS und Erläuternder Bericht, S. 8, 9).

Darüber hinaus hat die SP Schweiz zu den vorgeschlagenen Ordnungsbestimmungen keine weiteren Bemerkungen.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat
Präsident



Claudio Marti
Politischer Fachsekretär

Bern, 5. Mai 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS).

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Frau Bundesrätin,

Die SVP will für alle Menschen in der Schweiz Sicherheit und ist überzeugt: Was für alle Sicherheit schafft, schützt auch die Minderheiten. Die vorgeschlagene Verordnung schlägt leider einen falschen Weg ein, sowohl von der Wirksamkeit her, als auch aus ordnungspolitischer Sicht. Die SVP fordert deshalb eine grundsätzliche Debatte darüber, wie die Schweiz ihrem Image als sicheres Land wieder gerecht werden kann.

Keine Symptombekämpfung, die vom Staatsversagen ablenkt

So wie sich das Wohl des Landes an dem Wohl der Schwächsten misst, so muss das Sicherheitsempfinden der verletzlichsten Gruppen der Gradmesser dafür sein, ob die Schweiz genügend in die Sicherheit von Land und Leuten investiert. Es gibt reflexartige politische Widerstände, wenn die Sicherheitsorgane (Polizei, Grenzwachtkorps, Nachrichtendienst, Armee, Zivilschutz etc.) um genügend bzw. zeitgemässe Mittel bitten. Dass die jüdische Gemeinschaft schon lange jährlich bis zu 7 Millionen Franken für eigene Sicherheitsvorkehrungen aufwenden muss, ist ein Gradmesser dafür, dass die Schweiz in einer zentralen Staatsaufgabe Rappenspalterei betreibt.

Welche Antwort bietet die vorliegende Vernehmlassung auf das Sicherheitsmanko? Exponenten und Einrichtungen verschiedener Minderheiten sollen für Zäune, Mauern, Eingangssicherungen und Überwachungskameras bundesstaatliche Subventionen erhalten. Die Schweiz galt einst als eines der sichersten Länder der Welt. Zu ihrer humanitären Tradition gehört, dass verfolgte Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen Sicherheit finden. Kann diese bald nur noch innerhalb von *gated communities* geboten werden? Damit einher geht der fatale Falscheindruck, gewaltextremistische Bedrohungen seien nur das Problem der davon explizit angefeindeten Minderheiten. Dabei bilden alle Bewohner der Schweiz eine Schicksalsgemeinschaft. Wieso soll es ausgerechnet bei der Sicherheit eine Zweiklassengesellschaft geben? Offensichtlich haben zu viele Individuen sich in der Schweiz eingefunden, die anderen an Leib und Leben schaden wollen. Gegen solche Extremisten müssen Nachrichtendienst und Polizei ermitteln können und die Justiz muss sie ihrer gerechten Strafe zuführen. Auch muss die Einreise (oder Rückkehr) von gefährlichen Individuen bestmöglich unterbunden werden. Dies wirkt mehr, als Bundesgelder für softe Massnahmen mit der Giesskanne über diversen Minderheiten auszuschütten, die sich wegen der Anwesenheit von ganz wenigen, dafür sehr gefährlichen Menschen auch hinter dem aufwändigsten Sicherheitsdispositiv bedroht fühlen müssen.

Ordnungspolitisch verkehrter Ansatz

Die Verordnung stützt sich auf Gesetzesartikel 386 STGB, der seinerseits aber auf keiner festen Verfassungsgrundlage steht. Die Kantone sind hier eigentlich zuständig und sie können den Schutzbedarf einer vorstellig werdenden Gruppe besser beurteilen. Art. 57 BV sieht für den Bund nur die finanzielle Beteiligung an Massnahmen vor, die eine nationale Dimension haben. Für die von Kanton zu Kanton verschiedene Situation der besonders bedrohten Minderheiten fehlt diese nationale Dimension. Geld vom Bund pauschal zu verteilen, um «eine positive Signalwirkung für ein finanziell stärkeres Engagement der Kantone und Gemeinden» auszulösen (SVS-Bericht 7.2), verkehrt das Subsidiaritätsprinzip in sein falsches Gegenteil. In der Schweiz gut integrierte Gemeinschaften sollten sich dessen eigentlich bewusst sein und bei ihren Kantonen vorstellig werden. Wenn schon, wäre der im SVS-Bericht vorgeschlagene Lösungsansatz auf Ebene des Bundesgesetzes zu verfolgen.

Das staatliche Gewaltmonopol stärken, nicht den Wohlfühlaktivismus

Die Verordnung von 2009 über Menschenrechts- und Antirassismusprojekte wie auch diejenige von 2018 gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus scheinen das Sicherheitsgefühl diverser Minderheiten nicht verbessert zu haben. Steuergelder sind besser in wirksame Anstrengungen zu investieren, statt *more of the same* zu fordern. Gerade bei gewaltextremistisch oder terroristisch motivierten Tätern dürften Sensibilisierungskampagnen auf taube Ohren stossen. Vor zum Äussersten entschlossenen Angreifern schützt am Ende kein gutes Zureden und kein bauliches Hindernis, sondern nur ein ebenso zum Schutz seiner Mitmenschen entschlossener Verteidiger. Beim Schutz von ausländischen Botschaften begnügt sich der Staat ja auch nicht der Mitfinanzierung von Sensibilisierungskampagnen und Überwachungskameras. Vielmehr ist das staatliche Gewaltmonopol mit uniformiertem Personal rund um die Uhr präsent.

Bund und Kantone stehen in der Verantwortung, Sicherheit für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten. Wenn der Nachrichtendienst die Bedrohung so hoch einstuft, dass es vor bestimmten Einrichtungen Sicherheitspersonal braucht, dann sollen Polizei und Armee in der Lage sein, Präsenz zu markieren. Steuergelder sollen deren auftragsgerechte Alimentierung ermöglichen, statt private Sicherheitsfirmen quer zu subventionieren.

Politisch werden einmal gewährte Mittel nicht wieder entzogen werden können. Das Nachhaltigkeitsgebot (Artikel 6, Materielle Voraussetzungen) impliziert anhaltende Geldflüsse an eine ständig wachsende Empfängerzahl. Artikel 8 erweckt den Eindruck, dass für eine Minderheit gewährte Mittel fast zwangsläufig durch weitere Gruppen beansprucht werden. Weil nicht die Bedrohungsanalyse des NDB massgebend ist, wird politisch der Weg des geringsten Widerstands beschritten und Geld verteilt für Sensibilisierungskampagnen, deren Wirksamkeit schlicht nicht messbar sind. Diese aus Optik des Bundes insgesamt geringen Beträge müssen auch noch auf ihre zweckmässige Verwendung überprüft werden. Kantonseigene Mittel können gezielter und mit geringerem Administrativaufwand fliessen. Am wirksamsten wäre es aber, wenn Bund und Kantone unsere Steuergelder für genügend Polizisten, Grenzwächter und Milizsoldaten aufwenden würden, die zu jeder Zeit für die ganze Bevölkerung Sicherheit generieren.

Gesellschaftliche Integration statt bauliche Isolation

Bauliche Schutzmassnahmen lassen sich kaum ohne physische Isolation von der Nachbarschaft und Gemeinde realisieren. Statt gegen derart geschaffene Distanz zur Restbevölkerung mit staatlich subventionierten Sensibilisierungskampagnen anzukämpfen, sollte jede Minderheit überlegen, was sie für ihre Integration und

für ein aktiv gelebtes Miteinander tun kann. Denn was können Überwachungskameras schon sehen, das nicht auch von wohlgesonnenen Nachbarn gesehen und den Behörden gemeldet werden könnte?

Vieles ist heute schon ohne Verordnung möglich. Die jüdische Gemeinschaft hat hier ja leider schon Erfahrung sammeln und institutionelle Abläufe einspielen müssen, die auch ohne Geld vom Bund gelebt werden können.

Richtig und wichtig ist in der Vernehmlassung die Einschränkung, dass Gruppen ohne gefestigte Bindung zur Schweiz und ihren Werten keinen Anspruch auf den Status einer besonders bedrohten Minderheit haben. (Art. 3, S. 6ff.). Gerade wegen solcher Gruppen fühlen sich nicht nur Minderheiten in unserem Land nicht mehr sicher. Die SVP setzt sich deshalb für ein konsequentes rechtsstaatliches Handeln ein, wo immer gewaltextremistische und terroristische Brandstifter ausgemacht werden. Alle Einwohner der Schweiz sollen sich frei und sicher fühlen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Albert Rösti
Nationalrat

Der Generalsekretär



Emanuel Waeber